



# **Wahlprogramm**

## **DAS WICHTIGE JETZT**

**Vorlage zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
am 13./14. November 2020 in Freiburg**

## Antrag WP 01: SPD-Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der AK
Sachgebiet:	WP - Wahlprogramm
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 11: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 35 - 39: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 44 - 46: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 47: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 49 - 50: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 51 - 52: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 55 - 56: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 59 - 62: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 74: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 75: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 79: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 86: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 91: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 96: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 103: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 106: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 146 - 147: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 179 - 183: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 248: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 366: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 482: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 486: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 684: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 996 - 998: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1040 - 1041: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1247: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1346 - 1347: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1378 - 1379: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 1421: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 **SPD-Wahlprogramm zur Landtagswahl**
- 2 **2021**
- 3
- 4 **Inhalt**
- 5 **1. [Präambel – Wir in Baden-Württemberg.](#)**
- 6 **2. [DAS WICHTIGE JETZT: UNSERE WICHTIGSTEN FÜNF.](#)**
- 7 **[ARBEIT.](#)**
- 8 **[GUTE BILDUNG](#)**
- 9 **[GESUNDHEIT & PFLEGE.](#)**

10 WOHNEN.

11 KLIMASCHUTZ ~~IST ROT.~~

12 3. ZUKUNFTSLAND.

13 Mobilität im Land.

14 Offenes Land.

15 Demokratie im Land.

16 Soziales Land.

17 Digitales Land.

18 Wissen im Land.

19 4. SICHERES LAND

20 Innen stark.

21 Gutes Recht.

22 Verbraucherschutz.

23 5. BEWEGTES LAND.

24 Kultur im Land.

25 Platz für Sport und Vereinsarbeit.

26 6. FINANZEN IM LAND.

27 7. DAHEIM.

28 Einen aktiven Staat garantieren.

29 Kommunen: Herzkammer der Demokratie.

30 Natur im Land.

31 8. ÜBER DIE GRENZEN.

32

33

## 1. Präambel – Wir in Baden-Württemberg

[1]

34

35 ~~Ein aktiver Staat stärkt seine Demokratie. Dazu gehört ein klares Bekenntnis, dass~~  
36 ~~allen Bürger\*innen, egal woher sie kommen, woran sie glauben, wen sie lieben und was~~  
37 ~~sie für sich im Leben erreichen wollen, gleiche Teilhabe und Diskriminierungsfreiheit~~  
38 ~~zustehen. Die meisten Menschen in Baden-Württemberg schätzen unser Land, weil es~~  
39 ~~vielfältig und modern ist. Die SPD steht dafür, dass das so bleibt.~~

40 Solidarität ist so wichtig wie nie in Baden-Württemberg. Sie wird wieder geschätzt  
41 und gelebt. Wir alle haben mit unserem solidarischen Verhalten zur Eindämmung der  
42 Corona-Pandemie beigetragen. Kommunen und Bürger\*innen haben Einkaufshilfen oder  
43 Online-Veranstaltungen organisiert und Wege gefunden, um ihre lokalen Geschäfte zu  
44 unterstützen. In dieser Krise wird Solidarität ~~wird zurecht gefordert~~ für  
Arbeitnehmer\*innen gefordert, vor allem  
45 für pflegende und helfende Berufe. Und sie in den pflegenden und helfenden Berufen.

Sie wird zurecht gefordert, weil die  
46 Ungleichheiten bei insbesondere im Bereich der Bildung ~~oder~~ und bei bezahlbarem  
Wohnraum in der Krise besonders schwer wiegen.

47 ~~Die~~ Nicht nur die Krise ~~und, sondern auch~~ der ~~gleichzeitig stattfindende~~ strukturelle  
Wandel legen die Probleme unserer  
48 Arbeitswelt offen. Der Markt allein kann die Herausforderungen nicht regeln.  
49 Beschäftigte brauchen Schutz und Unterstützung, um in ~~Krisenzeiten und im Wandel~~  
diesen Zeiten des Wandels gut  
50 aufgestellt zu sein. Die SPD in Baden-Württemberg gestaltet die Arbeitswelt von  
51 Morgen aktiv mit. Nicht nur die letzten Monate machen es deutlich: Wir ~~können, aber~~  
52 brauchen ~~auch~~ dringend Digitalisierung und Flexibilisierung - ~~jedoch~~ nicht zu Lasten  
53 der Arbeitnehmer\*innen, sondern zu ihrem Vorteil. Für mehr Freiheit und eine faire  
54 Beteiligung an den Chancen des digitalen Wandels und steigenden Gewinnen. Für uns ist  
55 Digitalisierung ein Querschnittsthema, ~~das alle anderen Bereiche beeinflusst und~~  
56 ~~deshalb in allen Kapiteln eine Rolle spielt.~~

57 Die Pandemie trifft nicht alle gleich. Social Distancing im Haus mit Garten oder  
58 Mietsorgen und Existenzängste, Hausaufgaben ohne Laptop oder mit Unterstützung der  
59 Eltern: Das sind ~~die unterschiedlichen~~ ganz unterschiedliche Realitäten. ~~Unseren~~ Gerade  
jetzt sind unsere Kernthemen wichtig wie  
60 ~~angemessenem, bezahlbarem Wohnraum und gerechter Bildung kommt eine neue Bedeutung~~  
61 ~~zu~~ nie. Der aktive Staat sichert die Grundbedürfnisse aller Menschen: Gute Arbeit,  
Gesundheit,  
62 Bildung, Wohnen, ~~Mobilität~~ und Klimaschutz. Das ermöglicht auch wirtschaftliche  
Teilhabe. Mehr  
63 Menschen können mehr Chancen wahrnehmen, kreativer, innovativer, mobiler sein und  
64 sich engagieren. Wir wollen daher eine Funktionsgarantie des Staates umsetzen. Durch  
65 praktische Lösungen Hand in Hand mit den Kommunen tragen wir dafür Sorge, dass ein  
66 würdevolles Leben in ganz Baden-Württemberg möglich ist.

67 Für uns Sozialdemokrat\*innen ist Klimaschutz nicht grün, sondern rot. Nachhaltigkeit  
68 ist eine soziale Frage. Eine Frage nach der gerechten Verteilung von Ressourcen  
69 zwischen und in den Staaten. Eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir wollen  
70 jetzt einen aktiven Staat, der die notwendigen Veränderungen im Kampf gegen den  
71 Klimawandel ohne Zögern anstößt. Klimaschutz muss Akzeptanz finden und konsequent  
72 Menschen mitdenken. Er darf weder Menschen mit geringerem Einkommen weiter  
73 benachteiligen, noch die Verantwortung nur bei den Verbraucher\*innen suchen. Unsere  
74 Antworten lauten günstiger, barrierefreier und zuverlässiger ÖPNV, ~~erneuerbare~~ der  
weitere Ausbau erneuerbarer  
75 Energien und klimaschonendes, soziales Bauen. Wir wollen ~~unser~~ die Unternehmen ~~in~~  
insbesondere bei der  
76 Entwicklung zukunftsfähiger, klimafreundlicher Produkte und Prozesse unterstützen –  
77 zu Gunsten der Arbeitnehmer\*innen. Klimaschutz darf nicht das Privileg der Reichen  
78 sein.

79 Ein aktiver Staat stärkt seine Demokratie. Dazu gehört ein klares Bekenntnis, dass  
allen Bürger\*innen, egal woher sie kommen, woran sie glauben, wen sie lieben und was

sie für sich im Leben erreichen wollen, gleiche Teilhabe und Diskriminierungsfreiheit zustehen. Die meisten Menschen in Baden-Württemberg schätzen unser Land, weil es vielfältig und modern ist. Die SPD steht dafür, dass das so bleibt.

Die SPD ist die Kommunalpartei, das hat sie in ihren Regierungsbeteiligungen in  
80 Baden-Württemberg unter Beweis gestellt. Kommunen sind das Fundament unserer  
81 Demokratie. Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht zuletzt in diesen besonderen  
82 Zeiten ein Garant dafür, dass vor Ort Dinge schnell und passgenau umgesetzt werden .  
83 Baden-Württemberg war immer wirtschaftlich stark. Aber auch wir bekommen die Folgen  
84 der Pandemie und des globalen Wandels deutlich zu spüren. Geplante und notwendige  
85 Investitionen in Zusammenhalt und Infrastruktur müssen wir uns trotzdem leisten –  
86 gerade jetzt, weil wir die Weichen für eine gute Zukunft stellen müssen. Wir  
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen  
87 die drängenden Aufgaben an und überlassen das Handeln nicht anderen. Wir wollen unser  
88 Land für die Menschen in eine sichere, solidarische und sozial gerechtere Zukunft  
89 führen. Deshalb gilt: **DAS WICHTIGE JETZT.**

90

## 91 **2. ~~DAS WICHTIGE JETZT:~~ UNSERE WICHTIGSTEN FÜNF**

### 92 **ARBEIT**

#### 93 **Den Wandel gestalten – der Mensch im Mittelpunkt**

94 Baden-Württemberg ist ein guter Wirtschaftsstandort. Wir haben starke Industrien und  
95 ein großes Potential für Innovationen. Zentral für den wirtschaftlichen Erfolg  
96 unseres Landes sind engagierte Arbeitnehmer\*innen, die den Wandel in der **Industrie**  
Arbeitswelt  
97 tragen und gestalten. Betriebsrät\*innen und deren Gewerkschaften übernehmen konkret  
98 Verantwortung und stärken damit ihre Unternehmen. Insgesamt hat Baden-Württemberg  
99 eine gesunde Mischung aus großen und kleinen Unternehmen, Industrie und  
100 Dienstleistung, Handwerk und Forschung. Dieser Mix vom Soloselbständigen bis zum  
101 Weltmarktführer macht die Stärke der Wirtschaft des Landes aus. Wir wollen Baden-  
102 Württemberg dauerhaft positionieren als Musterland für Spitzentechnologie, Wohlstand,  
103 gute Arbeit und den ökologisch-sozialen Umbau unserer **IndustrieArbeitswelt**.  
104 Mit der Anforderung einer klimafreundlichen Mobilität steht allerdings besonders die  
105 Leitindustrie Automobil unter großem Druck zur Veränderung. Die Baden-Württemberg SPD  
106 begreift den Wandel unserer **IndustrieArbeitswelt** in erster Linie als eine Chance für  
eine  
107 nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft, für zukunftsfähige und gute Arbeit. Diese  
108 Chance wollen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs nutzen.  
109 Dafür müssen und wollen wir den Wandel aktiv gestalten. Die Gestaltung des Wandels ist

110 für uns ein gesamtgesellschaftliches Projekt:

- 111 • Der Wirtschafts- und Strukturpolitik
- 112 • Der Arbeitsmarktpolitik
- 113 • Der Umwelt- und Verkehrspolitik
- 114 • Der Wissenschafts-, Innovations- und Bildungspolitik

115 Für diesen Prozess und den Erhalt unserer starken Wirtschaft wollen wir eine „neue  
116 **konzertierte Aktion**“[\[2\]](#) in Baden-Württemberg umsetzen. In dieser stimmen sich  
117 Vertretungen von Beschäftigten und Arbeitgebenden, Expert\*innen und die Politik  
118 miteinander ab, wie durch ein gemeinsames Vorgehen die Transformation[\[3\]](#) gelingen  
119 und Wohlstand und Wachstum gefördert werden können.

120

#### 121 **Beschäftigung sichern: Fachkräfte-Offensive, Aus- und Weiterbildung**

122 Alle Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg haben einen gesteigerten Bedarf an  
123 Fachkräften – und umgekehrt hemmt der Mangel an qualifiziertem Personal in vielen  
124 Bereichen das Wachstum.

125 Wir wollen die Beschäftigten von heute vorbereiten auf die Arbeit von morgen.  
126 Arbeitnehmer\*innen sollen nicht erst weitergebildet werden, wenn sie ihren  
127 Arbeitsplatz verloren haben, sondern bereits während ihrer Beschäftigung im Betrieb.

128 Das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ist noch offen. Doch die  
129 Wirtschaft ist schon jetzt von Unsicherheit geprägt. In bestimmten Branchen zeichnet  
130 sich der Abbau von Arbeitsplätzen schon ab. Exporte aus Baden-Württemberg gehen in  
131 viele Länder, die stärker von der Krise betroffen sind als wir. Dabei ist die Corona-  
132 Krise nur ein – wenn auch sehr großer – Faktor in einer Arbeitswelt mitten im  
133 Umbruch. Unsere Antwort ist: Beschäftigung sichern, Wandel gestalten.

134 Zusammen mit den Sozialpartnern, den Kammern, der Arbeitsagentur und den  
135 Weiterbildungsträgern[\[4\]](#) entwickeln wir branchen- und regionsbezogene Strategien für  
136 die Transformation unserer Wirtschaft. Wir kämpfen um jeden Industriearbeitsplatz.  
137 Zentral sind die Handlungsfelder Technologie, Finanzierung und Qualifizierung. Von  
138 besonderer Bedeutung sind daher für uns Strategien für die Weiterbildung der  
139 Beschäftigten. Denn wir werden auch in Zukunft alle brauchen und allen Perspektiven  
140 für gute Arbeit bieten.

#### 141 **Darüber hinaus setzen wir auf:**

- 142 • Einen Weiterbildungsfonds des Landes, um Arbeitnehmer\*innen im Wandel weiter zu  
143 qualifizieren.
- 144 • Durchdachte Zuwanderung und ein zügiges, transparentes Verfahren zur Anerkennung  
145 ausländischer Abschlüsse.
- 146 • Ein Initiativrecht[\[5\]](#) der Betriebsräte und Personalräte für Qualifizierung und  
147 ~~Weiterbildung~~Weiterbildung.
- Wir ermöglichen familienorientierte Weiterbildung auch in Teilzeit-Modellen.

148 Unser Ziel ist klar: Niemand mehr ohne Ausbildung. Mit uns wird jede\*r Einzelne in

149 der beruflichen Weiterbildung profitieren. Wir erhalten das Bildungszeitgesetz<sup>[6]</sup> und  
150 legen einen Weiterbildungsfonds für Beschäftigte auf, der die Förderung der Agenturen  
151 für Arbeit ergänzt. Der Fokus liegt hier besonders auf kleinen und mittleren  
152 Unternehmen und Beschäftigten, die neue berufliche Perspektiven benötigen. Einem  
153 Mangel an dualen Ausbildungsplätzen wirken wir entschieden entgegen. Dazu schaffen  
154 wir mehr staatliche duale Ausbildungsstellen. Wir fördern Verbundlösungen, bei denen  
155 mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam durchführen.

156

### 157 **Tarifbindung stärken**

158 Gute Arbeit kommt dann für viele Beschäftigte, wenn die Tarifparteien gute  
159 Arbeitsbedingungen vereinbaren und auch durchsetzen können.

160 Wir werden daher das Tariftreuegesetz<sup>[7]</sup> stärken und ausbauen. Hierzu gehört für uns,  
161 dass bei öffentlichen Vergaben ein Mindestlohn von 12 €/h festgesetzt wird.  
162 Unternehmen, die sich auf öffentliche Aufträge bewerben, müssen nachweisen, dass sie  
163 der Tarifbindung in ihrer Branche unterliegen oder zumindest vergleichbare  
164 Bedingungen in einem Haustarifvertrag geregelt haben.

165

### 166 **Arbeitnehmer\*innen schützen**

167 Arbeitnehmer\*innenrechte werden bislang oft übergangen. Wir statten die Behörden für  
168 Arbeitsschutz personell so aus, dass sie die notwendigen Kontrollen in den Betrieben  
169 durchführen können. Häufigere Kontrollen sorgen dafür, dass Standards bei der  
170 Unterbringung und Arbeitszeiten z.B. in der Fleischindustrie und bei den  
171 Saisonarbeiter\*innen eingehalten werden.

172

### 173 **Industrie im Fokus: Auto und vieles mehr**

174 Baden-Württemberg ist der größte Industriestandort in Deutschland und einer der  
175 wichtigsten in Europa. Die Maschinenbau- und Automobilindustrie ist nach wie vor  
176 prägend für Baden-Württemberg. Gleichzeitig zieht der Standort seine Stärke aber  
177 auch aus einer großen Branchenvielfalt mit der umsatzstarken Chemieindustrie und der  
178 Elektronik-, Metall-, Papier- und Textilindustrie sowie Medizintechnik. Hinzu kommen  
179 inzwischen ein starker Dienstleistungssektor und eine wachsende Gründerszene. ~~Um~~  
180 ~~diese Stärke zu erhalten und auszubauen, braucht es wirtschaftspolitischen~~  
181 ~~Gestaltungswillen, der derzeit nicht erkennbar ist.~~

182 Wir wollen das Handwerk als wichtigen Arbeitgeber vor Ort und die berufliche Bildung  
183 stärken, ~~nur so gelingt die Energiewende.~~ Um diese Stärke zu erhalten und  
auszubauen, braucht es wirtschaftspolitischen Gestaltungswillen, der derzeit nicht  
erkennbar ist.

184

### 185 **Das Auto der Zukunft – alternative Antriebstechniken vorantreiben**

186 Rund 30 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg verursacht der  
187 Verkehr. Entschiedener Klimaschutz braucht also neben einem belastbaren ÖPNV auch

188 eine echte Wende im Individualverkehr.

189 Das Land muss spitze werden auf dem Feld der Entwicklung und Nutzung alternativer  
190 Antriebe bei PKW. Als Sozialdemokrat\*innen wollen wir die Forschungsmittel für  
191 batteriegestützte Elektro- und Wasserstoffmobilität sowie anderer Kraftstoffe  
192 drastisch erhöhen. Unternehmen der Automobilindustrie und deren Zuliefererbetriebe  
193 unterstützen wir gezielt auf dem Weg zur Antriebswende. Mit einem landeseigenen Fonds  
194 beteiligen wir uns an mittelständischen Zuliefererbetrieben, um deren finanzielle  
195 Basis im technologischen Wandel zu sichern und damit Arbeitsplätze zu erhalten.  
196 Außerdem wollen wir klimaverträgliche Fahrzeuge durch die bessere finanzielle  
197 Ausstattung von Förderprogrammen bezahlbar machen. Wir stehen den Kommunen beim  
198 Ausbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen zur Seite.

199

#### 200 **Zukunft im Blick: Gründer\*innen und Innovation unterstützen**

201 Die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Baden-Württemberg braucht auch für die  
202 kleinen und mittleren Betriebe einen Innovationstransfer<sup>[8]</sup>. Dadurch bleibt sie  
203 wettbewerbsfähig. Politisch werden wir deshalb diese Unternehmen durch die  
204 Einrichtung einer eigenen **Landesinnovationsagentur** unterstützen und stärken. Wir  
205 wollen mit der Landesinnovationsagentur die Zusammenarbeit aller Akteure verbessern.  
206 Wir erwarten auch eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und den  
207 Zulieferern. Eine gemeinsame Veränderung der Produkte und die Einbindung der  
208 Zulieferer muss die Regel werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum  
209 attraktivsten Standort für Gründer\*innen und Start-ups mit hoher Innovationskraft  
210 wird. Das gilt ausdrücklich auch für eine Landesoffensive für „**Gründer\*innenzentren**  
211 <sup>[9]</sup> **im Handwerk**“, bei denen die Verbindung zwischen Hightech, Digitalisierung und  
212 Handwerk herausgestellt wird.

213 Wir setzen auf den weiteren Ausbau der Kreativwirtschaft. Dabei liegt der Fokus auf  
214 wirtschaftlich selbsttragenden mittelständischen Unternehmen und deren  
215 internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Aufbau einer Förderung für den  
216 Animationsfilm ist Dreh- und Angelpunkt des zukünftigen Wachstums in einem  
217 aufstrebenden Wirtschaftsbereich.

218 Gleichzeitig muss das Land einen **Risikokapitalfonds** auflegen, der diesen Namen auch  
219 verdient. Der Risikokapitalfonds muss mit mehr Geld ausgestattet werden. Er  
220 unterstützt Gründer\*innen bei der Finanzierung in den ersten Jahren ihres  
221 Unternehmens.

222

223

## 223 **GUTE BILDUNG**

224

#### 225 **Lehrer\*innenstellen schaffen statt streichen**

226 Wir wollen allen Kindern gleiche Bildungschancen bieten. Das ist aktive



227 Zukunftspolitik für unser Land. Die Erkenntnis „auf den Anfang kommt es an“ nehmen  
228 wir ernst. Grüne Sparwut und schwarze Desorganisation haben Baden-Württemberg in  
229 Sachen Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität zurückgeworfen. Für uns  
230 Sozialdemokrat\*innen ist eines klar: keine Kürzungen im Bereich Kinder – Jugend –  
231 Bildung. Im Gegenteil: hier muss investiert werden.  
232 Lehrkräfte müssen konsequent weiter eingestellt werden. Die bestehenden Lücken müssen  
233 abgebaut werden, nicht nur an Grundschulen und sonderpädagogischen Bildungs- und  
234 Beratungszentren. Hier wollen wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip[\[10\]](#) in der Inklusion  
235 umsetzen. Weniger Unterricht soll ausfallen durch eine größere Krankheitsreserve und  
236 eine bessere Personalplanung. Angestellte Lehrer\*innen und Referendar\*innen, die  
237 übernommen werden, müssen in den Sommerferien bezahlt werden.

238

### 239 **Schule modern und digital**

240 Kreative Lehrkräfte haben in Baden-Württemberg gezeigt, was möglich ist: Mit E-Books,  
241 Lern-Apps, Lernvideos und Web-Seminaren wird der Unterricht für die digitale  
242 Generation der Schüler\*innen realitätsnah und Inhalte werden einfacher vermittelt.  
243 Dies geschieht nicht anstatt, sondern ergänzend zum herkömmlichen Unterricht.

244 Pädagogische Konzepte für digitalen Unterricht und gut ausgebildete Lehrer\*innen sind  
245 die Voraussetzung für Schulen mit Zukunft. Hierfür werden wir ein breites Programm  
246 der Aus- und Weiterbildung für alle Lehrer\*innen auf den Weg bringen. Lehrkräfte  
247 können so schnell und wirksam ihre Kompetenzen ausbauen. Wir werden dafür sorgen,  
248 dass **jede Schule bis zum Jahr 2023 über eine symmetrische 1 GB/s GBit/s-Datenleitung**  
und **gutes flächendeckendes WLAN**

249 verfügt. Über den Digitalpakt des Bundes (2019-23) hinaus müssen Gelder für die  
250 Wartung der Hardware an Schulen vorhanden sein. So können zum Beispiel auch  
251 Fachkräfte für die IT-Systemadministration eingestellt werden. Wir werden einen Topf  
252 für Innovationen schaffen, damit Vorreiterschulen neue Ideen und digitale Projekte  
253 umsetzen können. Lehrkräfte wollen wir mit eigenen Digitalgeräten ausstatten und  
254 effektive Fortbildungen anbieten.

255 Angesicht der landesweit dringend anstehenden Sanierungen brauchen die Schulträger  
256 Unterstützung bei der Modernisierung ihrer Schulgebäude. Wir unterstützen Kommunen  
257 dabei mit einem Landesprogramm „Modernisierung“.

258

### 259 **Faire Startchancen**

260 Die Ungleichheit in der Bildung hat sich weiter verschärft. Im „Homeschooling“ 2020  
261 hatten diejenigen Nachteile, die nicht über die nötige digitale Ausstattung  
262 verfügten. Wir werden jede\*n Schüler\*in spätestens ab der weiterführenden Schule mit  
263 einem Tablet samt Softwarepaket ausstatten. Dabei müssen persönliche und schulische  
264 Daten sicher sein. Im Bundesrat wollen wir eine Initiative starten, damit in Zukunft  
265 jede Familie einen Zugang zum Breitband-Internet hat.

266 Schulsozialarbeit bauen wir weiter aus, genauso wie gezielte individuelle Förderung  
267 an allen Schularten. Gemeinschaftsschulen und Ganztagschulen werden wir

268 weiterentwickeln. Wir streben eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum  
269 letzten Schultag an – wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen. Bis  
270 2028 sollen 70 Prozent der Grundschulen Ganztagschulen sein. Das neunjährige  
271 Gymnasium (G 9) zu wählen soll möglich sein.

272 Gegen die Benachteiligungen aus der Corona-Krise müssen Unterstützungsangebote an  
273 Schulen durch ergänzendes Personal angeboten werden. Für diese kostenlosen Angebote  
274 werden wir 10 Mio. Euro bereitstellen. Die Schulen können darüber flexibel verfügen.  
275 Die Volkshochschulen und weitere Bildungsträger sollen in die Unterstützungsangebote  
276 einbezogen werden. Zur Entlastung der Familien wollen wir die Kosten für die  
277 Schülerbeförderung komplett übernehmen.

278

### 279 **Qualität und Gebührenfreiheit**

280 Mit uns ist Bildung kostenfrei und qualitativ: Von der Kita bis zur Meisterprüfung  
281 oder zum Studienabschluss. Hier wird nicht gespart, trotz kleinerem finanziellem  
282 Spielraum. Damit wollen wir die Ungleichheit in der Bildung beseitigen. Wir halten  
283 daran fest, Familien zu entlasten und die Kita-Gebühren abzuschaffen. Jede\*r soll  
284 sich den Zugang zu frühkindlicher Bildung leisten können. Denn auch die Vereinbarkeit  
285 von Familie und Beruf darf keine Frage des Einkommens sein. Studiengebühren werden  
286 wir insgesamt abschaffen und verhindern, dass diese indirekt durch hohe  
287 Verwaltungsgebühren ersetzt werden. Auch den Weg zum Meisterabschluss wollen wir  
288 gebührenfrei gestalten und Ausbildung im Land dadurch weiter aufwerten. Mit der  
289 verbindlichen Umsetzung des Orientierungsplans<sup>[11]</sup> in jeder Kita wollen wir hohe  
290 Qualität sichern und Sprachdiagnose und Sprachförderung ausbauen. Dem  
291 Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung begegnen wir mit dem Aufbau von  
292 Studienplätzen sowie der praxisintegrierten Ausbildung (PiA)<sup>[12]</sup>.

293

### 294 **Bildung für alle sichern**

295 Die Volkshochschulen leisten als Weiterbildungszentren einen wichtigen Beitrag zur  
296 Bildung vor allem Erwachsener. Deshalb fordern wir langfristig die  
297 Drittelfinanzierung<sup>[13]</sup> der Volkshochschulen, wie sie im Weiterbildungspakt  
298 vorgesehen ist. Alle Weiterbildungsträger sind für uns zentral für die positive  
299 Gestaltung des Wandels in Gesellschaft und Wirtschaft.

300

301

## **GESUNDHEIT & PFLEGE**

302

### 303 **Gesundheit vor Gewinn – die beste Versorgung für Baden-Württemberg**

304 Die Corona-Pandemie zeigt ganz deutlich: Eine flächendeckende, wohnortnahe und gute  
305 medizinische Versorgung muss für alle zu jeder Zeit und in hoher Qualität da sein.  
306 Sie gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf weder von Gewinnen noch von

307 Krisen abhängen.

308 Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik rückt den Menschen in den  
309 Mittelpunkt – seien es Patient\*innen, Gepflegte, pflegende Angehörige oder  
310 medizinisches Personal. Diese Fachkräfte ermöglichen die würdige gesundheitliche  
311 Versorgung aller. Wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, verdient Anerkennung  
312 durch gute Löhne, klare Personalschlüssel, bessere Arbeitsbedingungen, gute  
313 Ausbildung und Zugang zu Kinderbetreuung. Applaus allein reicht nicht. An den  
314 privaten Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe soll das Schulgeld abgeschafft  
315 werden. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden.

316

### 317 **Ob Stadt oder Land – medizinische Versorgung sichern**

318 Den Mangel an Fach- und Hausärzt\*innen spürt man besonders im ländlichen Raum. Praxen  
319 schließen, weil Ärzt\*innen niemanden zur Nachfolge finden. Diesem Trend stellen wir  
320 uns entgegen. Wir wollen Modelle wie Zweig- und Gemeinschaftspraxen<sup>[14]</sup> und  
321 telemedizinische<sup>[15]</sup> Behandlung fördern. Wir setzen auf finanzielle Anreize bei der  
322 Niederlassung in unterversorgten Regionen. Mehr Studienplätze in der Medizin sollen  
323 mehr jungen Menschen ermöglichen Ärzt\*innen zu werden. So sichern wir die Versorgung  
324 auch außerhalb der Städte.

325 Die Finanzierung von Krankenhäusern und Zentren für Psychiatrie stellen wir wieder  
326 auf starke Beine: Wir unterstützen die Kommunen und Landkreise dabei, Kliniken in  
327 eigener Hand zu behalten und treten für fachlich exzellente und wirtschaftlich  
328 stabile Krankenhäuser in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft ein. Wir  
329 sichern notwendige Versorgungsangebote inklusive einer stationären Grund- und  
330 Akutversorgung in allen Regionen des Landes. Die Hochleistungsmedizin an unseren  
331 Unikliniken und spezialisierten Zentren fördern wir. Wir wollen mehr Investitionen  
332 auch in die Digitalisierung von Krankenhäusern und ihre Vernetzung in den ambulanten  
333 Bereich.

334 Die Versorgung mit Medikamenten und Schutzausstattung muss sicher sein, in  
335 Krisenzeiten und danach. Herstellungs- und Lieferketten wollen wir prüfen und falls  
336 nötig einwirken. Die Bedeutung der Gesundheitsbehörden und -ämter wurden in der  
337 Corona-Pandemie besonders deutlich. Wir werden den Öffentlichen Gesundheitsdienst  
338 stärken. Er braucht mehr Personal, gute Weiterbildung, technische Ausstattung und  
339 Vernetzung. So kann er auch in Zukunft die Gesundheit der Bevölkerung schützen und  
340 fördern. Neben seinen hoheitlichen Aufgaben soll er zum Berater und Ideengeber in  
341 Sachen Gesundheit werden.

### 342 **Universitätskliniken stärken**

343 Wir sorgen bei den Universitätskliniken für eine ausreichende Finanzierung der  
344 nötigen Neubauten, Sanierungen und Ersatzanschaffungen. Es darf nicht wie in der  
345 Vergangenheit am Personal gespart werden, um den hohen Eigenanteil der Kliniken an  
346 diesen Ausgaben aufzubringen. Wir wollen eine Personal-Offensive starten, die an den  
347 Kliniken gute Arbeitsbedingungen ermöglicht. Unikliniken sollen auch als Arbeitgeber  
348 spitze sein, nicht nur in der Forschung und Versorgung. Um die Stammebelegschaft zu

349 stärken, muss in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen investiert werden.  
350 Wir stehen zum eigenen Tarifvertrag der Unikliniken.

351

### 352 **Geburtshilfe stärken**

353 Die Geburtenzahlen steigen wieder. Trotzdem kann in manchen Regionen die Versorgung  
354 Schwangerer vor, bei und nach der Geburt kaum mehr geleistet werden. Wir treten dem  
355 Hebammenmangel entschlossen entgegen – wie bei vielen Gesundheitsberufen muss die  
356 tarifliche Bezahlung steigen. Überall im Bundesland muss der Bedarf an  
357 Geburtsstationen gedeckt sein.

358

### 359 **Gute Pflege in einem solidarischen Land**

360 Von etwa 400.000 Gepflegten im Land wohnen 300.000 zu Hause und etwa 100.000 in der  
361 stationären Pflege. Menschen sollen ihr Leben so lange und so weit wie möglich  
362 selbstbestimmt gestalten können. Um dies zu garantieren, sorgen wir für mehr neue  
363 Wohnformen für Senior\*innen und Gepflegte. Pflege-Wohngemeinschaften und betreute,  
364 barrierefreie Wohnangebote sollen Vertrautheit und Privatsphäre für jede\*n Einzelne\*n  
365 ermöglichen.

366 Wir wollen, dass Baden-Württemberg wieder in die Förderung ~~der Pflegeinfrastruktur~~des  
Baus von Pflegeeinrichtungen

367 einsteigt und Stadt- und Landkreise bei der Pflegeplanung unterstützt, um moderne  
368 Konzepte, wohnortnahe Versorgung und Quartiersentwicklung voranzubringen.

369 Schon heute kann der steigende Bedarf an Kurzzeit- und Tagespflege nicht gedeckt  
370 werden. Wir erhöhen die Landesförderung für Kurzzeit- und Tagespflege massiv. So  
371 entlasten wir Familien, die kurzfristig eine Pflegemöglichkeit für ihre Angehörigen  
372 suchen. Ambulante Dienste bauen wir aus, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen  
373 ihre Rechtsansprüche aus der Pflegeversicherung nicht nur auf dem Papier haben,  
374 sondern auch einlösen können.

375 Pflegestützpunkte mit ihren vielfältigen Leistungen haben sich bewährt, weshalb wir  
376 diese weiter ausbauen und um Pflegelots\*innen ergänzen. Diese beraten als  
377 Ansprechpartner\*innen und Begleiter\*innen pflegende Angehörige.

378

379

## **WOHNEN**

380

381 Wohnen ist zu einer der großen sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Der Anstieg  
382 der Mieten und Immobilienpreise in Baden-Württemberg geht ununterbrochen weiter und  
383 macht heute vor keiner Region halt. Der Markt allein ist nicht in der Lage,  
384 bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen. Der Markt schafft auch keine  
385 lebenswerten Quartiere.[\[16\]](#) Wohnen ist für die Menschen Sicherheit, Zuhause und  
386 Lebensqualität. Die SPD macht Wohnen im Land bezahlbar für alle und plant schonend

387 für das Klima. Die Wohnformen sollen den Zusammenhalt unter den Nachbar\*innen  
388 stärken. Unser Ziel ist es, dass niemand mehr als 30% des Nettoeinkommens für seine  
389 Nettokaltmiete aufwenden muss. Wir beenden den unkontrollierten Flächenfraß unter der  
390 jetzigen Landesregierung und erschließen versiegelte<sup>[17]</sup> Flächen für bezahlbaren  
391 Wohnungsbau.

392

### 393 **BWohnen – die Landeswohnraumgesellschaft für Baden-Württemberg**

394 Wir setzen uns als Ziel, bis zum Jahr 2026 in Baden-Württemberg 500.000 neue  
395 Wohnungen zu bauen. Dafür gründen wir die Landeswohnraumgesellschaft BWohnen. Die  
396 landeseigene GmbH versteht sich als Partnerin unserer Kommunen. Mit diesen zusammen  
397 werden Flächen für den Wohnungsbau erschlossen und Bauprojekte umgesetzt. Die BWohnen

398 baut bezahlbare Wohnungen in Baden-Württemberg und vermietet eigene Wohnungen.  
Zudem

399 tritt sie als Partnerin für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften,  
400 das Mietshäusersyndikat<sup>[18]</sup>, Baugemeinschaften und Privatinvestoren auf. Die BWohnen  
401 trägt zu einer positiven Quartiersentwicklung und -gestaltung bei: Beratung und  
402 Austausch für Kommunen und Bauträger werden gebündelt.

403

### 404 **Neue Nähe in einem Land der gelebten Nachbarschaften**

405 Um Wohnraum bezahlbar zu halten und unsere Umwelt zu schützen, müssen wir in Zukunft  
406 verdichteter bauen. Ob medizinische Versorgung, Einzelhandel oder Bus & Bahn – die  
407 meisten Bereiche einer notwendigen Infrastruktur funktionieren nur mit einer  
408 Mindestanzahl an Menschen, die diese Angebote nutzen. Wie wir zukünftig bauen und  
409 wohnen hat also starke Auswirkungen auf die Lebensqualität und unsere  
410 Sozialstrukturen. Wir wollen Einsamkeit vorbeugen, autofreie Bereiche in Kommunen  
411 schaffen, Nachbarschaftshilfen unterstützen und die Stadt der kurzen Wege  
412 ermöglichen.

413

### 414 **Attraktiv für Mieter\*innen**

415 Baden-Württemberg ist mehr und mehr Land der Mieter\*innen und damit auch der  
416 Vermieter\*innen. Gerade in kleineren Wohneinheiten stehen nicht selten Wohnungen  
417 leer, weil sich Vermieter\*innen davor scheuen neue Mieter\*innen aufzunehmen.

418 Um hier Abhilfe zu schaffen, wollen wir ein kommunales Eintrittsmodell schaffen. Hier  
419 tritt die Kommune als Zwischenmieterin ein und kann damit mögliche Risiken abfangen.  
420 Neben Kommunen sollen auch Genossenschaften, Vereine oder zum Beispiel Kirchen dabei  
421 unterstützt werden, solche Modelle anzubieten. Zudem sollen Wohnbeauftragte<sup>[19]</sup> zum  
422 selbstverständlichen Angebot eines Rathauses gehören.

423 Unser Ziel bleibt es, in allen Gebieten ausreichend Mietwohnraum für alle Einkommen  
424 anzubieten. Das bedeutet sowohl Angebote beim sozialen Wohnungsbau für Mieter\*innen  
425 mit geringem Einkommen als auch frei finanzierten Wohnungsbau für Normalverdienende.  
426 Wie viele Wohnungen in jedem Bereich zur Verfügung stehen, muss sich nach dem

427 regionalen Bedarf richten. Wir fordern eine landesweite Mindestquote für geförderten  
428 Wohnraum für Bauvorhaben ab einer gewissen Größe.  
429 Unser Ziel ist eine Durchmischung von Miet- und Eigentumswohnungen in allen Gebieten.  
430 Wir streben eine Sozialbindung[\[20\]](#) der Mietraumförderung von mindestens 30 Jahren an.  
431 Langfristig soll die Dauer der Sozialbindung auf bis zu 60 Jahre ausgeweitet werden  
432 können.

433

#### 434 **Eigentum für Viele**

435 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss in Baden-Württemberg wieder eine  
436 realistische Perspektive für breite Teile der Bevölkerung werden. Durch Modelle wie  
437 Genossenschaften, Miethäusersyndikat und Bürger\*innenvereine kann es möglich werden,  
438 dass auch weniger wohlhabende Menschen die Chance auf Eigentum erhalten.[\[21\]](#) Wir  
439 planen diese Modelle im Rahmen der Förderprogramme zu unterstützen.

440 Um Familien den Eigentumserwerb zu erleichtern, werden wir die Grunderwerbssteuer  
441 beim erstmaligen Erwerb zur eigenen Nutzung halbieren. Das Land erstattet den Stadt-  
442 und Landkreisen die hierbei entstehenden Steuerausfälle.

443

#### 444 **Altersgerecht wohnen**

445 Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns das attraktive Wohnen für den dritten und  
446 vierten Lebensabschnitt, also von der Rente bis ins hohe Alter. In der Regel bewohnen  
447 Paare oder Einzelpersonen auch dann noch die Häuser, in denen sie vorher mit einer  
448 ganzen Familie gelebt haben. Mit Wohnungswechselprogrammen wollen wir Angebote  
449 schaffen, die auf die veränderten Bedürfnisse von Senior\*innen eingehen und zugleich  
450 Wohnraum für Familien schaffen. Dabei wollen wir barrierefreie und  
451 generationengemischte Wohnmöglichkeiten fördern.

452

#### 453 **Leerstand verhindern**

454 Um gegen Leerstand durch Spekulationen und gegen Zweckentfremdung[\[22\]](#) vorzugehen,  
455 brauchen Städte und Gemeinden die Unterstützung des Landes und Auskunftsrechte. Mit  
456 einer Verschärfung des Zweckentfremdungsverbots dehnen wir das Verbot auf Häuser aus,  
457 die schon vor dem entsprechenden Erlass leer standen.

458

#### 459 **Mehr Flächen in öffentliche Hand**

460 Grund und Boden sind ein wertvolles Gut und nicht beliebig vermehrbar. Einzelne  
461 Kommunen im Land wie zum Beispiel Ulm[\[23\]](#) haben gezeigt, dass eine andere  
462 Bodenpolitik erfolgreich ist. Unser Ziel ist eine Bodenpolitik, die sich am  
463 Gemeinwohl orientiert.

464 Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Kommunen mehr  
465 Möglichkeiten für Ankäufe, Entwicklung und vergünstigte Abgabe von Grundstücken und  
466 Immobilien haben.

467 Ein Vorrat an Bauland ist eine Investition in die Zukunft – die Kommunalaufsicht muss  
468 das in finanzschwachen Kommunen mit dringendem Bedarf an Wohnraum auch so bewerten.  
469 Grund und Boden soll über Erbpachtrecht<sup>[24]</sup> vergeben oder mit dem Recht auf Rückkauf  
470 für die öffentliche Hand versehen werden.

471 In einem eigenen Programm soll die Sanierung bestehender Flächen, die Nachverdichtung  
472 und die Umwandlung von Gewerbe- zu Wohnflächen breit gefördert werden.

473

#### 474 **Wohnungslosigkeit abwenden**

475 Durch die bevorstehende Wohnungslosen-Statistik bekommen wir einen besseren Überblick  
476 darüber, wie viele Menschen ohne Wohnung sind und wie viele in entsprechenden  
477 Notunterkünften leben. Wir wollen die Ergebnisse der Statistik nutzen, um passende  
478 Maßnahmen zur Prävention von Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Dabei stehen besonders  
479 junge Frauen und junge Erwachsene im Fokus. Das Modellprojekt „Verbesserung der  
480 medizinischen Versorgung Wohnungsloser“ wollen wir verstetigen.

481

#### 482 **KLIMASCHUTZ ~~IST ROT~~**

483

484 Klimaschutz ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Deshalb gehen wir nicht nur in  
485 diesem Kapitel, sondern auch an vielen anderen Stellen unseres Wahlprogramms auf den  
486 Klimaschutz ein. [Klimaschutz ist rot.](#)

487

#### 488 **Nachhaltig und modern – Musterland Baden-Württemberg**

489 Klimaschutz bedeutet Chancen: Chancen, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und  
490 uns als Gesellschaft in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Als SPD schauen wir nicht  
491 einseitig auf die Herausforderungen des Klimawandels. Neben Ökologie und  
492 Nachhaltigkeit haben wir auch die Interessen von Arbeitnehmer\*innen fest im Blick.

493 Die grün-schwarze Landesregierung hinkt hinterher und hat ihre selbst gesteckten  
494 Klimaschutzziele zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes weit verfehlt. Es braucht endlich eine  
495 wirkungsvolle und sozial gerechte Klimapolitik. Wir wollen, dass Baden-Württemberg  
496 eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnimmt und haben dafür eine konkrete  
497 Vision.

498

#### 499 **Unsere Vision**

500 Gerade nach der Corona-Krise brauchen wir einen Neustart. Wir müssen in den Umbau zu  
501 einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft investieren. Das Setzen auf  
502 überholte Technologien und Strukturen verschärft die Umweltkrise und rückt die Ziele  
503 des Pariser Abkommens in weite Ferne. Es behindert Innovation und mindert unsere  
504 Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen deshalb einen Zukunftsfonds für die Dekarbonisierung  
505 <sup>[25]</sup> unserer Industrie, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft.



506 Wir wollen eine Gesellschaft, die erneuerbare Energien nutzt und insgesamt ihren  
507 Material- und Energieverbrauch senkt. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft müssen wir  
508 langlebig konstruieren, wiederverwerten und reparieren statt wegzuerwerfen. So schützen  
509 wir langfristig die biologische Vielfalt und unsere Ökosysteme. Wir bekennen uns zum  
510 1,5 Grad-Ziel und wollen erreichen, dass sich die Politik in Baden-Württemberg daran  
511 orientiert und das CO2-Budget von 350-400 Mio. Tonnen einhält.

512 Wir prüfen genau, an welchen Stellen bei öffentlichen Anschaffungen und in der  
513 Produktion CO2 gespart werden kann. Wir stoßen eine Diskussion über Maßnahmen zur  
514 CO2-Kompensation in anderen Ländern an. Diese Kompensation darf jedoch nicht auf die  
515 Reduzierung im Land angerechnet werden. Wir führen in den Verwaltungen CO2-  
516 Schattenpreise ein. Damit werden ökologische Folgekosten schon heute berücksichtigt.

517

### 518 **Die Digitalisierung für den Klima- und Umweltschutz nutzen**

519 Die Digitalisierung hat große Auswirkungen auf Umwelt und Natur. Unverändert  
520 fortgesetzt wird sie zum Brandbeschleuniger für die ökologischen und sozialen Krisen  
521 unseres Planeten: mehr Energie- und Rohstoffverbrauch, mehr Konsum und mehr Verkehr.  
522 Deswegen brauchen wir eine Trendwende der Digitalisierung. Eine Trendwende, mit der  
523 wir Wohlstand, Gerechtigkeit und Umweltschutz zusammenbringen.

524

### 525 **Die Zukunft ist erneuerbar – die Energiewende in Baden-Württemberg stemmen**

526 Tausende junge Menschen organisieren sich in Bewegungen wie „Fridays for Future“. Zu  
527 Recht fordern sie mehr Entschlossenheit beim Umwelt- und Klimaschutz.

528 Wir brauchen die Energiewende jetzt. Für eine verlässliche, bezahlbare und  
529 nachhaltige Stromversorgung müssen wir auch in Baden-Württemberg Verantwortung  
530 übernehmen.

531 Allerdings kommt der Ausbau erneuerbarer Energien im Land aktuell noch langsamer  
532 voran als bundesweit. Das muss sich ändern. Bis 2030 sollen mindestens 65 % des  
533 Stroms durch erneuerbare Energiequellen erzeugt werden. Wir möchten daran  
534 mitarbeiten, den Ausstieg aus der Atom- und der Kohlekraft so schnell wie möglich zu  
535 meistern.

536

### 537 **Energie aus Wasser, Wind und Sonne jetzt**

538 Neuen Schub vor allem für das lokale Handwerk kann eine Pflicht zum Einbau von  
539 Photovoltaikanlagen beim Neubau und bei der Dachsanierung geben. Konkret müssen die  
540 Verfahren zur Genehmigung von Photovoltaik-, Wasser- und Windkraftanlagen vereinfacht  
541 und beschleunigt werden. Es braucht vermehrt geeignete Flächen für große Solaranlagen  
542 wie auch Förderprogramme für Photovoltaik an Fassaden von Gewerbe- und Wohngebäuden.  
543 Die Nutzung von Photovoltaik auf Dächern von Privathäusern wollen wir durch  
544 Kooperationen von Hausbesitzer\*innen und Stadtwerken deutlich attraktiver gestalten.  
545 Innovative Lösungen wie die Überbauung von Autobahnen mit Solarpanels prüfen wir. Das  
546 Erschließen von Tiefengeothermie<sup>[26]</sup> im Oberrheingraben werden wir fördern.



547 Den Ausbau von Windkraftanlagen treiben wir konsequent voran. Strittige Blockaden wie  
548 die 1 km-Abstandsregel zur nächstliegenden Wohnbebauung müssen verhindert werden. Wir  
549 starten eine Windkraft-Offensive im Staatswald, um neue Standorte zu gewinnen. Das  
550 Planungsrecht werden wir überarbeiten, um Hürden für neue Standorte von  
551 Windkraftanlagen abzubauen.

552 Die Energiewende kann nur mit der nötigen Infrastruktur gelingen. Wir stehen dafür  
553 ein, die Leitungsnetze auszubauen und die Förderung von intelligenten Netzen und  
554 Speichertechnologien zu erhöhen. Von großer Bedeutung ist erneuerbar erzeugter  
555 („grüner“) Wasserstoff[\[27\]](#). Dieser liefert zuverlässig und klimaneutral Energie, auch  
556 wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Wir werden das Zentrum für  
557 Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) stärken. Darüber  
558 hinaus wollen wir ein Netzwerk der Wasserstoffwirtschaft aufbauen und die Anwendung  
559 in der Praxis beschleunigen.

560 Keine Energiewende ohne Wärmewende: Bei der Wärmeversorgung setzen wir auf dezentrale  
561 Strukturen und erneuerbare Energien. Die Stadtkreise, großen Kreisstädte und  
562 Landkreise werden wir bei der Umsetzung unterstützen. Auch das komplette  
563 Fernwärmenetz muss auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

564

#### 565 **Häusle bauen und Klima schützen – Energieeffizienz in Gebäuden fördern**

566 Schluss mit dem Einbau von Öl- und fossilen Gasheizungen in Neubauten – das hat die  
567 Bundesregierung schon beschlossen. Wir werden dort wie bei Bestandsgebäuden  
568 klimafreundliche Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets fördern.  
569 Unser Ziel ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis zum endgültigen Kohleausstieg.  
570 Energieeffizientes Bauen hat enormes Potenzial und muss zur Selbstverständlichkeit  
571 werden. Förderprogramme für nachhaltige Bauprojekte sollen unbürokratisch  
572 ausgestaltet werden.

573 Momentan stehen kaum Gelder zur energetischen Sanierung von Gebäuden zur Verfügung,  
574 außer für die eigenen Landesgebäude. Wir wollen die finanziellen und steuerlichen  
575 Anreize für energetische Sanierungen verbessern.

576

#### 577 **Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft**

578 Bisher werden die Potentiale der Kreislaufwirtschaft für den Klimaschutz noch nicht  
579 ausreichend in den Blick genommen. Durch den Einsatz recycelter Rohstoffe lassen sich  
580 enorme Mengen CO2 einsparen. Wir wollen dafür sorgen, dass Rohstoffe sinnvoll genutzt  
581 und im Kreislauf wiederverwendet werden. Bis 2025 wollen wir eine Verdopplung der  
582 „echten Recyclingquote“[\[28\]](#) erreichen. Insbesondere die Kreise und fünf Modell-  
583 Kommunen können bei der Einführung der Kreislaufwirtschaft eine große Rolle spielen.  
584 Wir wollen im Land fünf Modellversuche „Kreislaufwirtschaft“ unter möglichst  
585 unterschiedlichen örtlichen Bedingungen durchführen.

586

#### 587 **Lebensqualität durch Grünflächen und Naturschutzgebiete**

588 Neben dem rasanten Klimawandel schreitet der Artenverlust dramatisch voran. Wir  
589 Menschen sind von einer gesunden und vielfältigen Natur abhängig: Wälder, Moore und  
590 Flussauen tragen zu Klimaschutz und Klimaanpassung[29] bei. Der Verlust an gesunden  
591 Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss gestoppt werden. Nur so können wir die  
592 notwendigen Ressourcen und genug Kraft bewahren, zukünftige Krisen zu bewältigen,  
593 widerstandsfähig gegenüber neuen Risiken zu sein und uns zu einer sozial und  
594 wirtschaftlich nachhaltigen Gesellschaft zu entwickeln. Deshalb werden wir zusammen  
595 mit Naturschutzverbänden und den Kommunen 10 Prozent der Landesfläche unter  
596 Naturschutz stellen.

597 Den Bestand an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen werden wir aufwerten und  
598 pflegen, um so Städte für Klimaanpassung und Artenvielfalt in der Stadt  
599 weiterzuentwickeln und zu sichern.

600

601

### 3. ZUKUNFTSLAND

602

603

#### Mobilität im Land

604

#### 605 **Ökologisch und sozial für alle – die Mobilität von morgen**

606 Mobilität heißt Teilhabe. Wir wollen, dass alle Baden-Württemberger\*innen die  
607 Möglichkeit haben, verlässlich von A nach B zu kommen. Wir werden klimaschonende  
608 Verkehrskonzepte ausbauen mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40  
609 % zu senken. Der ÖPNV muss vor allem für alle bezahlbar und barrierefrei sein.

610

611

#### 612 **Mit Bus und Bahn – öffentlichen Nahverkehr besserstellen**

613 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) braucht massive Investitionen. Denn wir  
614 verfolgen das Ziel, innerhalb der nächsten zehn Jahre doppelt so viele Menschen durch  
615 Züge, Busse, S- und Straßenbahnen zu transportieren wie heute. Dabei soll gelten:  
616 Schienenausbau vor Straßenausbau. Bestehende Straßen und Brücken müssen saniert  
617 werden. Darauf ist besonders die Bevölkerung im ländlichen Raum angewiesen, um mit  
618 Auto, Bus und Fahrrad mobil zu bleiben.

619

620 Ein guter ÖPNV hat fünf Eigenschaften: Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit, enge  
621 Taktung, Verlässlichkeit und einfache Anbindung an den Individualverkehr. Wir wollen  
622 die nötige Infrastruktur dafür schaffen, die Taktung von Bussen und Bahnen dauerhaft  
623 zu erhöhen. In Großstädten soll der 5-Minuten-Takt die Regel sein, in

624 Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in ländlichen Gegenden mindestens der 1-  
625 Stunden-Takt. Außerdem sorgen wir für Dörfer und Kleinstädte zwischen 5 und 24 Uhr  
626 für eine Mobilitätsgarantie: Während dieses Zeitraums sollen ÖPNV-Angebote auch in  
627 ländlichen Regionen täglich nutzbar sein.

628

629 Der baden-württembergische ÖPNV ist durch 22 Verkehrsverbände ein Flickenteppich.  
630 Fahrten durchs Ländle sind hierdurch oft umständlich und teuer. Als SPD wollen wir  
631 dem entgegenreten und die Verkehrsverbände schrittweise reduzieren. Schon jetzt  
632 brauchen wir jedoch eine Online-Plattform für die Planung und Buchung von Fahrkarten  
633 – einheitlich und für das ganze Bundesland. Die Plattform vereinfacht die Nutzung des  
634 ÖPNV und fördert die Vernetzung des Verkehrs: Neben Bus- und Bahnrouen sollen auch  
635 Car-, Bike- und Ride-Sharing angezeigt und so kombiniert werden. Eben diese Sharing-  
636 Angebote möchten wir ausbauen und die Bahnhöfe entsprechend weiterentwickeln. Unsere  
637 Bahnhöfe der Zukunft verbinden möglichst unkompliziert Züge mit Bussen, Park+Ride  
638 oder Sharing-Möglichkeiten.

639

640 ÖPNV muss erschwinglich sein: Ob für Pendler\*innen, Azubis, Studierende,  
641 Schüler\*innen, Rentner\*innen oder Freizeitfahrgäste. Wir fordern deshalb die  
642 Einführung eines **365 €-Jahrestickets für alle**.

643

644 Um die Finanzierung des ÖPNV zu sichern, wollen wir unseren Kommunen eine weitere  
645 Einnahmequelle ermöglichen: eine einkommensabhängige Nahverkehrsabgabe. Über  
646 Einführung und Höhe der Abgabe können die Städte und Gemeinden selbst entscheiden.

647

#### 648 **Von der Straße auf die Schiene – nachhaltiger Güterverkehr**

649 Wir nehmen die Entlastung der Straßen, Lärm und Klimaschutz ernst. Deshalb wollen wir  
650 mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen. Die Infrastruktur hierfür bauen  
651 wir konsequent aus. Die baden-württembergischen Binnenwasserstraßen für Güterschiffe  
652 sollen besser ausgelastet und ausgebaut werden.

653

#### 654 **Unterwegs mit dem Fahrrad und zu Fuß – Verkehr ohne Motor fördern**

655 Das Fahrrad sollte in der Stadt und auch im ländlichen Raum alltägliches  
656 Verkehrsmittel werden. E-Bikes und Pedelecs bieten eine große Chance, dass auch  
657 längere Strecken, die heute mit dem Auto gefahren werden, in Zukunft bequem und  
658 schnell mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Mit sicheren und gut ausgebauten  
659 Radwegen wollen wir diese Entwicklung nach Kräften unterstützen. Wir unterstützen  
660 Städte und Gemeinden dabei, den Umstieg auf Fahrrad oder Wege zu Fuß attraktiver zu  
661 machen. Dies erfordert sichere Fußwege. Unser Ziel ist ein gut ausgebautes,  
662 lückenloses und beschildertes Rad- und Fußwegenetz in Baden-Württemberg.

663

664

665

## Offenes Land

666

### 667 **Chancengleichheit für Frauen verwirklichen**

668 Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Das Landesgesetz für Chancengleichheit  
669 im öffentlichen Dienst nennt noch zu viele Ausnahmen. Wir werden diese Ausnahmen  
670 streichen. Damit soll Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst  
671 konsequent durchgesetzt werden – auch in wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb  
672 der Universitäten, in kommunalen und sozialkaritativen Stiftungen, bei der  
673 Landesbank, bei Sparkassen, Sozialversicherungsträgern und bei der Kassenärztlichen  
674 Vereinigung sowie Kassenzahnärztlichen Vereinigung in Baden-Württemberg.

675

### 676 **Die Hälfte des Landtags den Frauen**

677 Bis heute steht eine zu Recht geforderte Reform des Landtagswahlrechts aus. Wir  
678 wollen ein Baden-Württemberg, in dem über 100 Jahren nach Einführung des allgemeinen  
679 Wahlrechts für Frauen auch der Landtag endlich paritätisch mit Frauen und Männern  
680 besetzt ist. Wir garantieren, die Reform innerhalb der ersten Hälfte der kommenden  
681 Legislaturperiode umzusetzen. So findet sie bei der nächsten Landtagswahl Anwendung,  
682 um den Anteil von Frauen im Parlament zu erhöhen. Wir machen uns stark für ein  
683 verfassungskonformes Paritégesetz.

684 Unsere Regierungsmitglieder werden ~~selbstverständlich~~ je zur Hälfte Männer und Frauen  
685 sein.

686

### 687 **Integration: Miteinander ohne Ausgrenzung**

688 Für uns Sozialdemokrat\*innen ist eine gelungene Integration unabhängig von Herkunft  
689 oder Religion. In die Gesellschaft integriert ist, wer Interesse daran hat, sich zu  
690 engagieren und keine Frage der Anpassung. Wir wehren uns gegen ein Denken in „Wir“  
691 und „Die“ und ein Verständnis von Integration, das ausgrenzt und Stereotype<sup>[30]</sup>  
692 fördert. Wir begreifen Integration als Aufgabe unserer ganzen Gesellschaft: des  
693 Staates und seiner Institutionen, der hier Lebenden und Neuankommenden. Sie muss  
694 gleiche Chancen auf und tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen  
695 und kulturellen Leben in Baden-Württemberg ermöglichen.

696 Mehrere Faktoren können Teilhabe entweder erleichtern oder erschweren. Einer dieser  
697 Faktoren ist soziale Benachteiligung, von der Migrant\*innen, Menschen aus  
698 eingewanderten Familien und Geflüchtete überdurchschnittlich oft betroffen sind.  
699 Unsere Politik kämpft für mehr soziale Gerechtigkeit und faire Aufstiegschancen.  
700 Deshalb entsprechen unsere Wege zur Integration unseren generellen Forderungen für  
701 Erfolg in Bildung und Arbeit und die Sicherung der Grundbedürfnisse.

702 Weitere Faktoren sind kulturelle Unterschiede, Mehrfachbenachteiligung durch  
703 Diskriminierung sowie Sprachhürden. Hier gilt es, die Maßnahmen realitätsnah,  
704 entschlossen und tolerant zu gestalten und dabei die individuellen

705 Entwicklungsprozesse zu berücksichtigen.

706

### 707 **Bildung: Chancengleichheit endlich umsetzen**

708 Unser Ziel ist es, alle Kinder für die Kita zu gewinnen. Sie ist ein wichtiger Raum  
709 der sozialen und kulturellen Bildung und Sprachförderung. Die von uns geforderte  
710 Abschaffung der Kitagebühren ist der erste Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit.  
711 Mehrsprachigkeit und kulturelle Sensibilität muss von der Kita über die Schule bis  
712 hin zur Ausbildung und Uni gewürdigt und gefördert werden. Wir wollen den Menschen  
713 ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt nicht absprechen. Diese Vielfalt ist ein  
714 Mehrwert und kein Problem.

715

### 716 **Chancen für Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit**

717 Geflüchtete, die sich in Ausbildung befinden oder einer  
718 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, sollen ein sicheres  
719 Bleiberecht erhalten. Baden-Württemberg ist auf gute Arbeitskräfte angewiesen und  
720 Menschen, die bei uns leben, brauchen Rechtssicherheit durch Bleiberecht – ebenso wie  
721 die Unternehmen, die sie einstellen.

722 Unternehmen und Geflüchtete profitieren von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten,  
723 die ein aktives Vermitteln zwischen freien (Ausbildungs-)Stellen und Geflüchteten  
724 ermöglichen. Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir  
725 vereinfachen und effizienter gestalten, sowie Nachqualifizierung ermöglichen.

726

### 727 **Sprache als Schlüssel**

728 Die gemeinsame Sprache zu sprechen hat eine Schlüsselrolle bei der Integration in die  
729 Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt. Wir sorgen für bessere Unterstützung beim  
730 Erlernen der deutschen Sprache für aus dem Ausland Zugezogene und Geflüchtete mit  
731 Bleibeperspektive in der Kita, in der Schule und während der Berufsausbildung –  
732 gleich zu Beginn ihres Lebens in Deutschland. Sprachförderung muss ohne größere  
733 Hürden in verschiedenen Lebenslagen und für jedes Alter zugänglich sein.

734

### 735 **Öffentlicher Dienst**

736 Wir fordern, dass der öffentliche Dienst die Diversität [\[31\]](#) der Gesellschaft  
737 widerspiegelt. Das schafft Potential für Identifikation und Sensibilität. Hürden in  
738 Auswahlverfahren müssen abgebaut und gleichzeitig Menschen dazu ermutigt werden,  
739 Berufe wie Polizist\*in, Lehrer\*in, Professor\*in oder Verwaltungsbeamt\*in anzustreben.  
740 Der Staat muss eine Vorbildrolle bei der Besetzung eigener Stellen, auch bei  
741 Führungspositionen, annehmen.

742 Das Bewusstsein für Diskriminierungen soll in der Aus- und Weiterbildung geschärft  
743 werden. Wir stärken unsere Beschäftigten dadurch in ihren Handlungskompetenzen.

744

745 **Repräsentation zählt**

746 Wie der öffentliche Dienst, so müssen auch Medien- und Kulturangebote die  
747 Gesellschaft widerspiegeln. Die Stimmen und Erfahrungen von Migrant\*innen, Menschen  
748 aus Einwandererfamilien und Geflüchteten müssen Gehör und Repräsentation finden. Sie  
749 sollen Inhalte in Medien, Kultur und Politik entwickeln und gestalten. Wir fördern  
750 aktiv Diversität in der Medienlandschaft. Wir unterstützen Vereine und  
751 Organisationen, die sich in ihrer täglichen Arbeit für kulturellen oder religiösen  
752 Austausch und (post-)migrantische [\[32\]](#) Interessen einsetzen. Sie leisten einen  
753 wichtigen Beitrag dazu, Vorurteile und daraus resultierende Diskriminierung  
754 abzubauen.

755

756 **Null Toleranz gegenüber Rassismus**

757 Rassismus ist für viele Baden-Württemberger\*innen erlebte Realität. Er beginnt bei  
758 unbewusstem Misstrauen, unbemerkt rassistischen Denkmustern und ausgrenzenden  
759 Kommentaren. Er zeigt sich zunehmend sichtbarer in verbaler und körperlicher Gewalt.  
760 Alle Bürger\*innen haben ein Recht auf Freiheit von Diskriminierung aufgrund ihres  
761 Namens, ihres Aussehens, ihrer Sprache oder ihrer Religion, ob bei der Arbeits- oder  
762 Wohnungssuche oder im Alltag.

763 Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokrat\*innen, Erfahrungen von Rassismus nicht  
764 abzuwerten oder abzusprechen. Wir wollen Verbündete im Kampf gegen Rassismus sein und  
765 das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen festigen. Wir werden einen  
766 Landesaktionsplan gegen Rassismus auflegen, der Expert\*innen und Betroffene  
767 einbezieht. Wir entwickeln Formate, die Dialog, Begegnung und gesellschaftlichen  
768 Zusammenhalt fördern.

769

770 **Aktiv gegen Diskriminierung**

771 Wir ernennen eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragt\*n, um die Arbeit der  
772 Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken. Schon jetzt leisten  
773 Beratungsstellen und Netzwerke für Betroffene von rassistischer Diskriminierung und  
774 Gewalt einen wertvollen Beitrag. Dieses Engagement muss finanziell mehr unterstützt  
775 werden, auch um Zugang und Sichtbarkeit zu verbessern. Im Rahmen der von uns  
776 geplanten Kooperationen zwischen Bildungsstätten und Vereinen sollen diese  
777 Organisationen Schulen bei der Aufklärung über alle Formen von Diskriminierung und  
778 Mechanismen der Ausgrenzung unterstützen. Diese Kooperationen wollen wir auch auf  
779 Unternehmen und Behörden ausweiten.

780

781 **LSBTTIQ\***

782 Durch den Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte von LSBTTIQ\* [\[33\]](#), den wir von  
783 2013 bis 2015 federführend erstellt haben, hat sich schon viel verändert. Es geht  
784 jetzt darum, volle Gleichstellung zu erreichen – auch für gleichgeschlechtliche  
785 Paare. Dieses Ziel wollen wir in die Landesverfassung aufnehmen und einen  
786 Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsartikel, der sexuelle Orientierung,

787 Transidentität und geschlechtliche Vielfalt ausdrücklich benennt.

788 Wir intensivieren das Aktionsbündnis für Akzeptanz und gleiche Rechte und statten es  
789 finanziell besser aus. Die psychosozialen Beratungsstellen sind seitens des Landes  
790 konsequent unterfinanziert – trotz steigender Nachfrage. Dies beenden wir und erhöhen  
791 das Kontingent für Beratungsstunden.

792

### 793 **Offene Schulen**

794 Schulen sollen sichtbar für Diversität und gegen Homo- und Transphobie im Alltag  
795 arbeiten. Der Bildungsplan muss entsprechend umgesetzt werden und es muss  
796 Weiterbildungsangebote für Lehrer\*innen und Schulleitungen geben. Eine  
797 selbstbestimmte Namens- und Geschlechterwahl muss für alle Schüler\*innen in allen  
798 Schulprogrammen möglich sein.

799 Baden-Württemberg ist das Land der Regenbogen-Löw\*innen. Es wird ein Siegel für  
800 Schulen, Vereine und andere Einrichtungen geben, die dieses Selbstverständnis durch  
801 Leuchtturmprojekte mit Leben füllen.

802

### 803 **Schutz vor Hass und Gewalt**

804 Baden-Württemberg ist stolz darauf, sicheres Land für Menschen zu sein, die aufgrund  
805 ihrer sexuellen Orientierung fliehen mussten. Das Land akzeptiert diesen Fluchtgrund,  
806 setzt sich für die entsprechende Anerkennung auf Bundesebene ein und schafft einen  
807 eigenen Programmbereich „Queere Geflüchtete“.

808 Hasskriminalität gegen queere Menschen muss sichtbar gemacht werden. Die Polizei und  
809 die Landesämter werden künftig eine entsprechende statistische Kennzeichnung machen  
810 und einen Jahresbericht vorlegen.

811

812

## 812 **Demokratie im Land**

813

814 Wir wollen eine Offensive für Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen. Dazu  
815 gehören zum Beispiel Demokratie-Kitas und Demokratie-Tage an Schulen und Unis. Ebenso  
816 verleihen wir engagierten Schulen ein neues Siegel „Demokratische Schule“, wenn sie  
817 sich besonders für politische Teilhabe einsetzen. Die Landeszentrale für politische  
818 Bildung stärken wir. Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Arbeit der  
819 Gedenkstätten im Land und auf die Lern- und Dokumentationszentren zum  
820 Nationalsozialismus. Die Erinnerungskultur muss Teil unserer Identität sein und  
821 Frieden und Toleranz fördern.

822 Das Fach Gemeinschaftskunde wird an weiterführenden Schulen mindestens zweistündig  
823 unterrichtet. In der gymnasialen Oberstufe der Gemeinschaftsschule sollen  
824 Schüler\*innen in Zukunft einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt wählen  
825 können – statt wie bisher nur zwischen sprachlich oder naturwissenschaftlich.

826

### 827 **Demokratie lebt vom Mitmachen**

828 Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem die Bürger\*innen mitbestimmen. Eine starke  
829 Demokratie lebt vom Mitmachen. Mitsprache darf auch dann nicht enden, wenn sie etwas  
830 kostet. Wir fordern bei Landtagswahlen die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. So  
831 können sich junge Menschen Gehör verschaffen und politisch aktiv werden. Wir setzen  
832 uns für die Direktwahl der Landräte ein und fordern die Einführung von  
833 Einwohner\*innenanträgen, Bürger\*innenbegehren und -entscheiden auch auf der Ebene der  
834 Landkreise. So stärken wir dort Mitsprache und Beteiligung. Wir wollen eine  
835 Überarbeitung des Gesetzes zur Volksabstimmung, um Elemente der direkten Demokratie  
836 wie zum Beispiel Volksbegehren einfacher zu gestalten.

837

### 838 **Demokratie braucht Transparenz**

839 Um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken, braucht es Transparenz.  
840 Wir setzen uns für die Einführung eines Lobbyregisters ein, um Einflüsse von  
841 Interessengruppen und Lobbyist\*innen auf politische Entscheidungsprozesse in Baden-  
842 Württemberg nachvollziehbar zu machen. Darüber hinaus wollen wir eine Wartefrist für  
843 Regierungsmitglieder und Staatssekretär\*innen bei einem Wechsel in die freie  
844 Wirtschaft nach dem Vorbild der Regelungen des Bundes.

845

### 846 **Freie Medien**

847 Qualitätsjournalismus ist heute wichtiger denn je. Die SPD bekennt sich klar zur  
848 Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ganz besonders auch zu  
849 unserem SWR. Deshalb stehen wir auch zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen  
850 Rundfunks durch Beiträge. Gleichzeitig bekennen wir uns zum dualen Rundfunksystem.  
851 Eine freie und offene Gesellschaft braucht private Medien – dazu gehören Blogs,  
852 regionale TV- und Radio-Sender, Zeitungen, Podcasts, Blogger\*innen, Journalist\*innen,  
853 Redakteur\*innen, Fotograf\*innen. Nur mit einem diversen Angebot verantwortungsvoller  
854 Medienmacher\*innen gelingt es uns, den wachsenden Markt der Fake News zu  
855 konfrontieren.

856 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Landesanstalt für Kommunikation (LFK)  
857 personell dazu in der Lage ist, Hassreden und Falschnachrichten auf den großen  
858 Social-Media-Netzwerken aktiv bei den Betreibern zu melden. Das Internet als Tatort  
859 muss stärker ins Visier genommen werden.

860 Die Zerfaserung der Zuständigkeiten innerhalb der Regierung führen immer mehr zu  
861 einer Schwächung des Medien- und Filmstandortes Baden-Württemberg. Mit der  
862 Filmakademie Ludwigsburg, der Medien- und Filmförderung und vielen Medienunternehmen  
863 haben wir aber alle Voraussetzungen für eine Spitzenposition im nationalen und  
864 internationalen Wettbewerb. Dazu müssen die Kompetenzen in diesem Bereich an einer  
865 Stelle in der Regierung gebündelt werden. Nur so ermöglichen wir die nötige  
866 Schlagkraft und Koordinierung. Hilfreich dabei sind eine gezielte Förderung von  
867 innovativen Medien und Start-ups und eine nachhaltige Clusterentwicklung



868 „Animationsfilm“ im Land. Neben der lokalen Stärkung des Standorts ist es aus unserer  
869 Sicht notwendig, eine Top-Level-Domain „bawue“ für das Standortmarketing zu nutzen.  
870 Um unsere Medienlandschaft auf das kommende Jahrzehnt vorzubereiten, brauchen wir  
871 eine grundlegende Überarbeitung des Landesmediengesetzes. Dabei müssen vor allem die  
872 Förderstrukturen überarbeitet werden.

873

874

## **Soziales Land**

875

### **876 Gleiches Recht, gleicher Lohn für Frauen**

877 Über 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir in Deutschland und  
878 Baden-Württemberg in Sachen Gleichstellung ein großes Stück vorangekommen. Allerdings  
879 bleibt auch noch viel zu tun. Wir werden die nächste Legislaturperiode zu einer  
880 Legislatur der Gleichstellung machen.

881 Frauen verdienen das Gleiche, erhalten aber immer noch weniger Lohn als ihre  
882 männlichen Kollegen – auch weil sie oft statt Lohnarbeit unbezahlte Sorgearbeit  
883 leisten. Der Kampf gegen die Lohnlücke muss auf allen Ebenen entschieden  
884 weitergeführt werden.

885

### **886 Familien in den Mittelpunkt**

887 Familienfreundlich ist unsere Sozialpolitik, weil sie an vielen Stellen besondere  
888 Vorteile und Anreize für Familien vorsieht. Wir wollen Familien finanziell und  
889 zeitlich entlasten: vor allem bei der Betreuung, aber auch in den Bereichen Wohnen  
890 und Mobilität. Sie sollen beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und günstigem ÖPNV  
891 besonders unterstützt werden.

892

### **893 Auf die Betreuung kommt es an**

894 Gute Kinderbetreuung ist zentral für viele Familien. Der Rechtsanspruch auf einen  
895 Betreuungsplatz muss für alle Familien verwirklicht werden können. Deshalb treten wir  
896 dem Personalangel entschieden entgegen, damit ausreichend Kita-Plätze vorhanden  
897 sind.

898 Wir wollen Nachteile vor allem für Alleinerziehende beseitigen. Wer auf ganztägige  
899 Betreuung angewiesen ist, soll sie auch bekommen. Dafür sorgen wir mit unserer  
900 Offensive für Ganztagschulen.

901 Mit unseren Plänen für die Gesundheitspolitik sichern wir eine leistungsfähige  
902 Pflege-Infrastruktur, die Familien mit zu pflegenden Angehörigen berät und entlastet.

903

### **904 Familien bilden und beraten**

905 So wichtig wie Entlastung sind auch Angebote zur Familienbildung, Erholung und zum

906 Austausch. Deshalb werden wir wieder in die gemeinnützige Familienerholung einsteigen  
907 und mehr wohnortnahe Angebote für Ferienbetreuung schaffen. Bei der Familienbildung  
908 machen wir uns für eine enge Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen und Trägern  
909 stark.

910 Wir wollen den wohnortnahen Ausbau von Familien-/Eltern-Kind-Zentren weiterhin  
911 fördern und vorantreiben. Die Eltern-Kind-Zentren in Kitas sind Treffpunkte vorrangig  
912 für Familien mit Kindern unter drei Jahren. Sie sollen offene, unkompliziert nutzbare  
913 Angebote für Beratung und Austausch bieten. Vor allem Familien mit psychisch kranken  
914 Eltern oder Kindern oder solchen mit Behinderungen sollen Zugang zu Beratung und  
915 Unterstützung bekommen.

916

#### 917 **Kinderarmut beenden**

918 Selbst in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg ist nahezu jedes fünfte Kind  
919 oder Jugendliche\*r arm oder armutsgefährdet. Wir setzen uns auf Bundesebene für die  
920 Einführung der Kindergrundsicherung ein. Das „neue Kindergeld“ stellt vor allem  
921 Kinder von Geringverdienenden besser, die eher von Kinderarmut betroffen sind. Um  
922 Kinder aus der Armut zu holen, wollen wir außerdem eine bessere Kinder-Infrastruktur  
923 für Baden-Württemberg: gebührenfreie Kitas und Ganztagesangebote sowie kostenfreie  
924 Beförderung zur Schule.

925

#### 926 **Kinder schützen und stark machen**

927 Wir setzen einen kräftigen und zeitnahen Ausbau des Kinderschutzes in Baden-  
928 Württemberg durch. Die Vereine müssen beim Kinderschutz stärker unterstützt werden.  
929 Die Nachverfolgung digitaler Anhaltspunkte bei Verbrechen gegen Kinder wollen wir  
930 ausbauen. Die elternunabhängigen Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt stärken wir.  
931 Wir wollen die Vielfalt der Angebote und Träger in der außerschulischen Jugendbildung  
932 und Jugendarbeit erhalten und ihre Strukturen sichern. Die deutlich  
933 erhöhte Landesförderung muss nun auch in den Angeboten vor Ort wirksam werden.

934

#### 935 **Kinderrechte ins Grundgesetz**

936 Wir unterstützen das Vorhaben, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, und  
937 unternehmen einen zweiten Anlauf um neben dem Schutz und der Förderung von Kindern  
938 und Jugendlichen auch das Recht auf Beteiligung als Staatsziel in unserer  
939 Landesverfassung festzuschreiben.

940

#### 941 **Gemeinsam gegen häusliche und sexuelle Gewalt**

942 Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Ausgangsbeschränkungen haben dem  
943 Thema  
944 häusliche Gewalt wieder mehr Öffentlichkeit verschafft. Es wurde ganz deutlich, dass  
945 weiterhin Schutzstellen und (Notfall-)Beratungen gefördert werden müssen – vor allem  
945 für Frauen und Kinder. Zur traurigen Realität gehört, dass jede dritte Frau in ihrem

946 Leben von Gewalt betroffen ist und jede vierte Frau in ihrem Leben Gewalt durch den  
947 eigenen Partner erfährt.

948 Es ist ein Auftrag für die ganze Gesellschaft häuslicher und sexueller Gewalt  
949 entgegen zu treten. Unterstützungsangebote müssen auch für Frauen mit Behinderungen,  
950 psychisch kranke oder suchtkranke Frauen und Nicht-Muttersprachler\*innen zugänglich  
951 sein. Wir sorgen für eine ausreichende Zahl an Frauen- und Kinderschutzhäusern,  
952 Schutzwohnungen und ambulanten psychosozialen Angeboten für Gewaltbetroffene.  
953 Für Ausstiegswillige aus der Prostitution werden wir qualifizierte Beratungsangebote  
954 bereitstellen.

955

#### 956 **Inklusion – aber echt**

957 Die von uns 2011 begonnenen Maßnahmen zum inklusiven Unterricht für Kinder mit  
958 Behinderungen wollen wir weiter ausbauen. Wir fordern den weiteren Abbau von  
959 Barrieren für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum, die Stärkung ihrer  
960 Chancen in Ausbildung, Beruf und Beteiligung sowie die vollständige Umsetzung der UN-  
961 Behindertenkonvention.

962 Wir fordern eine gute Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und einen Ausgleich für  
963 die damit verbundenen Mehrausgaben der Kommunen. Dem neuen Leistungsrecht muss die  
964 Umsetzung in der Praxis etwa beim Wohnen folgen. Das Budget für Arbeit wollen wir  
965 attraktiver ausgestalten und gemeinsam mit den Integrationsämtern und den Agenturen  
966 für Arbeit weiterentwickeln. So werden Betriebe und Beschäftigte umfassend begleitet  
967 und unterstützt, um mehr Menschen mit wesentlichen Behinderungen den Zugang zum  
968 Arbeitsmarkt zu erleichtern.

969 Der öffentliche Dienst muss mehr Menschen mit Behinderungen einstellen. Wir werden  
970 dafür sorgen, dass das Land mit gutem Beispiel vorangeht.

971

#### 972 **Gute und bürgernahe Angebote sicherstellen**

973 Sozialpolitik wird in der Regel von unseren Kommunen – den Landkreisen und  
974 kreisfreien Städten – umgesetzt. Das soll auch so bleiben, denn wir brauchen  
975 bürgernahe und niedrigschwellige Angebote vor Ort. Gerade bei der Beratung über  
976 soziale Hilfen kommt es vor allem auf die Qualität der Gespräche und den Aufbau von  
977 Vertrauen an. Deshalb wollen wir unsere Kommunen noch besser dabei unterstützen, für  
978 eine hohe Qualität der Beratung und der Angebote zu sorgen und diese immer wieder zu  
979 verbessern.

980

981

## 981 **Digitales Land**

982

983 Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche unseres Lebens  
984 beeinflusst: unsere Arbeitswelt, Bildung, Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung

985 und vieles mehr. Digitalisierung kann Teil nachhaltiger und ressourcensparender  
986 Lösungen sein. Vor allem aber ist Digitalisierung ein Jetzt-Thema, denn wir stecken  
987 bereits mitten drin in einer immer digitaler werdenden Welt. Eine aktive  
988 Landesregierung tritt als Gestalterin der Digitalisierung auf und ergreift die  
989 Chancen – diskutiert aber auch berechnigte Bedenken.

990

#### 991 **Schnelles Internet und Mobilfunk überall**

992 Internet- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und bedeutet Teilhabe.  
993 Unser Ziel ist es, für alle Regionen und alle Bürger\*innen Baden-Württembergs bis zum  
994 Jahr 2030 einen Zugang zum Glasfasernetz mit mindestens 100 Megabit pro Sekunde  
995 bereitzustellen. Die Kommunen müssen beim Aufbau eigener Netze unterstützt werden.  
996 Funklöcher und weiße Flecken (~~([ ] 30 Mb/s)~~MBit/s) besonders im ländlichen Raum müssen  
997 beseitigt werden, ~~vor allem dort, wo sie kleine und mittelständische Betriebe~~  
998 ~~beeinträchtigen~~. Wir wollen eine landeseigene Infrastruktugesellschaft. Sie baut  
999 digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand aus, bindet kommunale Projekte ein und  
1000 sorgt für das Anwerben von Privatanbietern. So soll mit Landesgeldern sichergestellt  
1001 werden, dass alle Menschen Zugang zu leistungsfähigem Internet erhalten und  
1002 Investitionen in öffentlicher Hand bleiben.

1003

#### 1004 **Arbeitnehmer\*innen stärken**

1005 Digitalisierung bedeutet Chancen. Flexibles und mobiles Arbeiten kann Zeit sparen,  
1006 Prozesse werden effizienter und die Wertschöpfung steigt. Geschaffene Freiräume  
1007 bringen neue Arbeitsmöglichkeiten. Die Arbeitnehmer\*innen müssen an diesen Vorteilen  
1008 dringend und unverhandelbar beteiligt werden. Aus dem von uns angestrebten Recht auf  
1009 Homeoffice darf keine Pflicht zum Homeoffice werden. Wo sich der Job durch die  
1010 Digitalisierung ändert, brauchen sie zielgerichtete Unterstützung durch  
1011 Weiterbildungen. Einer Aufweichung der Trennung von Arbeit und Privat, zum Beispiel  
1012 auch was die Nutzung privater Endgeräte angeht, muss durch klare Regelungen  
1013 entgegengewirkt werden.

1014

#### 1015 **Digitale Kompetenzen**

1016 Auch in der Schule kann digitales Lernen den Unterricht flexibler, interessanter und  
1017 realitätsnaher gestalten. Vor allem ist der Erwerb digitaler Kompetenzen das beste  
1018 Mittel im Umgang mit den Schattenseiten der Digitalisierung: Datenmissbrauch,  
1019 Cybermobbing, Fake News und digitalem Stress.  
1020 Nicht nur Schüler\*innen, sondern alle Bürger\*innen sollen die Möglichkeit zum Erwerb  
1021 dieser Kompetenzen bekommen. Hier wollen wir die Angebote der  
1022 Verbraucherschutzzentrale sowie der Weiterbildungsstätten vorantreiben und bekannter  
1023 machen. So können Nutzer\*innen sicher und selbstbestimmt an neuen Technologien und  
1024 Anwendungen teilhaben.

1025

## 1026 **Digitale Verwaltung**

1027 Wir fordern eine schnellere Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes und den schnellen  
1028 Ausbau von digitalen Verwaltungsleistungen. So sparen sich Bürger\*innen den Gang zur  
1029 Behörde und Wartezeiten. Auch innerhalb von Verwaltungen müssen Prozesse weiter  
1030 digitalisiert werden, um effizientes und mobiles Arbeiten zu ermöglichen.

1031

## 1032 **Open Data - das Land als Vorbild bei der Datenteilung**

1033 Daten sind heute so wichtig für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen  
1034 Fortschritt, wie es zur Zeit der Industrialisierung Erz, Kohle oder Maschinen waren.  
1035 Wenn unserer Gesellschaft qualitativ hochwertige Daten in großer Menge zur Verfügung  
1036 stehen sollen, dann sollte das Land mit gutem Beispiel vorangehen und eine  
1037 Initialzündung geben.

1038 Wir wollen, dass die Landesregierung den Datenschatz aller Ebenen der Verwaltung  
1039 öffnet, nicht nur für den Informationsaustausch zwischen Behörden, sondern auch für  
1040 Forschung und Wirtschaft. ~~Das betrifft natürlich nur anonymisierte Daten sowie~~  
1041 Datensätze dürfen nur in anonymisierter Form herausgegeben werden.

1042

1043

## **Wissen im Land**

1044

### 1045 **Studieren, forschen und lehren**

1046 Baden-Württemberg ist Hochschulland. Unsere Hochschulen bieten durch ihre Vielfalt  
1047 und die Vielzahl der Standorte ein sehr gutes und breites Angebot an Studiengängen.  
1048 Vier der elf Exzellenz-Unis befinden sich in Baden-Württemberg. Neben starken  
1049 Universitäten haben wir noch mehr zu bieten: zahlreiche Hochschulen der Angewandten  
1050 Wissenschaften (HAWen, früher: Fachhochschulen), Pädagogische Hochschulen, die Musik-  
1051 und Kunsthochschulen, die kirchlichen Hochschulen sowie die Duale Hochschule. Und  
1052 die Hochschulen im Land sind attraktiv: für eine große Zahl an Studierenden und für  
1053 Dozent\*innen. Sie sind verlässliche Partnerinnen der Wirtschaft in der Innovation.  
1054 Diese Stärken gilt es zu erhalten, zu fördern und weiter zu entwickeln.

1055

### 1056 **Studieren in Bestform**

1057 Wir sagen allen Studierenden in Baden-Württemberg ein gebührenfreies Studium zu, das  
1058 selbstbestimmt gestaltet werden kann. Wir ermöglichen mehr Studiengänge in Teilzeit  
1059 und Zugänge zu Weiterbildung. Quereinsteiger\*innen werden entsprechend ihrem Bedarf  
1060 gefördert. Digitale Lehre wird fester Bestandteil der Studienangebote. Dafür  
1061 unterstützen wir die Hochschulen in ihrem Streben nach hohen didaktische Standards  
1062 und angemessener technischer Ausstattung. Bei den internen Auswahlverfahren werden  
1063 Kriterien wie Praktika, Freiwilligenarbeit und berufliche Erfahrung durchgängig  
1064 berücksichtigt.

1065 Wir sagen allen Baden-Württembergischen Bachelor-Absolvent\*innen einen  
1066 Masterstudienplatz zu. Unser Ziel ist ein sehr gutes Betreuungsverhältnis von  
1067 Lehrenden zu Studierenden in jedem Studiengang. Die HAWen müssen weiter so viele  
1068 Studierende wie 2015 zulassen. Gleichzeitig wollen wir die Berufsbefähigung der  
1069 Bachelor-Absolvent\*innen hervorheben.

1070 Alle Statusgruppen[\[34\]](#) sind zukünftig in den Senaten der Hochschulen paritätisch  
1071 vertreten. Die Verfasste Studierendenschaft (VS) werden wir stärken und wieder mit  
1072 einem politischen Mandat ausstatten. So fördern wir die Vertretungen der Studierenden  
1073 in ihrer Mitsprache und ihrem politischen Engagement. Sie erhalten zukünftig im  
1074 Rektorat eine Ansprechperson, mit einer Pro-Rektoren-Stelle für studentische Belange.

1075

#### 1076 **Wohnen in Studium und Ausbildung und soziale Förderung**

1077 Wir wollen die Studierendenwerke stärken und setzen uns zum Ziel, die Zahl der  
1078 Wohnheimplätze auf 38.000 zu erhöhen, sowie die Verpflegung der Studierenden vor Ort  
1079 sicherzustellen. Dafür soll es einen Hochschulsozialpakt von Bund und Ländern geben.  
1080 Die Studierendenwerke werden gemeinsam mit den Hochschulen dafür sorgen, dass eigene  
1081 Kinder kein Hindernis für ein Studium sind und Plätze zur Betreuung von Kindern im  
1082 Alter von 0 bis 6 Jahren anbieten.

1083 Auch den Wohnraum für Auszubildende fördern wir stärker. Gerade für junge Menschen,  
1084 die keinen Ausbildungsplatz in Wohnortnähe finden, ist bezahlbarer und verfügbarer  
1085 Wohnraum entscheidend. Dies ermöglicht es Auszubildenden, nach ihren persönlichen  
1086 Interessen Ausbildungsplätze anzunehmen und auch abseits ihres Elternhauses ins Leben  
1087 zu starten.

1088 Die Studierendenwerke leisten über verschiedene Beratungsangebote einen wichtigen  
1089 Beitrag zur Bewältigung des Studiums. Diese Beratungen müssen weiterhin kostenfrei  
1090 und niedrigschwellig angeboten werden. Wir wollen, dass Studierende unkompliziert  
1091 Leistungen nach BAföG beantragen können und die Antragstellung digitalisiert und  
1092 vereinfacht wird. Die Studierendenwerke erhalten für die Bearbeitung der Anträge  
1093 einen kostendeckenden Zuschuss. Sie müssen so finanziert werden, dass zusätzliche  
1094 Kosten nicht auf Studierende abgewälzt werden. Wir ermöglichen, dass die Werke ein  
1095 landesweites Semesterticket ausgeben.

1096 Wir setzen uns zum Ziel, den Hochschulsport gebührenfrei anzubieten.

1097

#### 1098 **Gute Arbeit ist die Maxime**

1099 Wir richten uns nach dem Grundsatz „Dauerstelle für Daueraufgabe“ und werden die Zahl  
1100 der unbefristeten Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-  
1101 wissenschaftlichen Bereich deutlich steigern. Die Grundfinanzierung der Hochschulen  
1102 erhöhen wir und passen sie jedes Jahr den Tarifergebnissen an. Studentische  
1103 Hilfskräfte sollen in Zukunft nach Tarif bezahlt werden.

1104 Wir sorgen dafür, dass alle, egal welchen Geschlechts oder welcher

1105 Geschlechtsidentität, die gleichen Chancen auf eine Karriere in der Hochschule haben.  
1106 Die Gleichstellungsbeauftragten werden wir finanziell arbeitsfähig ausstatten. Sie  
1107 erhalten Stimmrecht in Berufungs- und Auswahlkommissionen und weiterhin beratende  
1108 Funktion im Hochschulrat.

1109 Mit der Weiterentwicklung von Tenure-Track-Regelungen[\[35\]](#) erhalten junge  
1110 Wissenschaftler\*innen eine Perspektive für ihren beruflichen Lebensweg.

1111

#### 1112 **Exzellenz ist der Maßstab**

1113 Die Höhe der Forschungsmittel sowie die Anzahl von Promotionen und Publikationen  
1114 weisen Baden-Württemberg als exzellentes Hochschulland aus. Junge vielversprechende  
1115 Wissenschaftler\*innen machen die Hochschulen international konkurrenzfähig. Wir  
1116 wollen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende abseits von Professuren ausbauen  
1117 und weitere Personalkategorien schaffen.

1118 An der Experimentierklausel für ein befristetes und thematisch gebundenes  
1119 Promotionsrecht für Verbände der HAWen halten wir fest. Wir motivieren die  
1120 Hochschulen, diese Regelung zur Verleihung von Dokortiteln umzusetzen.

1121 Digitalisierung ist ein wichtiger Aspekt exzellenter Forschung und Lehre. Im Sinne  
1122 des „Hochschulforums Digitalisierung“ sollen in Deutschland und international Lern-  
1123 und Lehrangebote sichtbar und zugänglich gemacht werden.

1124 Wir werden einen neuen Lehrstuhl für Inklusion im Sport einrichten.

1125

#### 1126 **Innovative Forschung für morgen**

1127 **Künstliche Intelligenz** (KI) ist eines der wichtigsten Forschungsfelder unserer Zeit.  
1128 Sie wird in vielen Bereichen bereits angewendet und beeinflusst zum Beispiel die  
1129 Entwicklung unserer Mediennutzung, das Gesundheitswesen oder unsere Arbeitswelt.

1130 Wir wollen KI-Forschungszentren im Umfeld von Hochschulen und Wissenschaftsclustern  
1131 [\[36\]](#) über das Land verteilen und damit die Voraussetzung für die Gründung weiterer  
1132 Cyber-Valley-Regionen schaffen, von denen insbesondere kleine und mittlere  
1133 Unternehmen im Technologietransfer profitieren.

1134 Wir müssen die KI-Forschung weiter vorantreiben, ohne dabei ethische und  
1135 gesellschaftliche Aspekte aus den Augen zu verlieren. Unser Ziel ist ein Ausgleich  
1136 zwischen dem Wunsch nach Technologievorsprung und der breiten öffentlichen Diskussion  
1137 über Vorteile und Gefahren der Künstlichen Intelligenz. Wir wollen eine KI-Strategie  
1138 mit klaren Zielen formulieren.

1139 Innovative regionale Cluster werden wir unter Einbindung regionaler  
1140 Wirtschaftskreisläufe fördern und vorantreiben. Als Schwerpunkte sehen wir folgende  
1141 Bereiche: Nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz,  
1142 Medizintechnologie und Life Sciences, Anlagen und Maschinenbau.

1143

1144

## 4. SICHERES LAND

1145

1146

### **Innen stark**

1147

1148 Sicherheit darf nicht nur eine Frage der Finanzierung sein, sondern ist die Aufgabe  
1149 eines aktiven Staates. Ein handlungsfähiger Staat bekämpft Kriminalität effizient und  
1150 sorgt dafür, dass bestehende Gesetze schnell vollzogen werden. Er baut für mehr  
1151 Sicherheit die Prävention aus: Dazu gehört auch eine starke kommunale  
1152 Kriminalprävention.

1153 Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie und nutzen zum Kampf gegen Extremismus,  
1154 Terror und Gewalt alle Mittel unseres Rechtsstaates.

1155 Gewalt gegen Polizeibeamt\*innen, Rettungskräfte und Angehörige der Feuerwehren  
1156 verurteilen wir aufs Schärfste.

1157

### **1158 Handlungsfähige Polizei**

1159 Polizeibeamt\*innen setzen sich jeden Tag für unsere Sicherheit ein. Sie begegnen  
1160 dabei vielen Problemlagen, die Gesellschaft und Politik zuvor nicht aufgelöst haben.  
1161 Im Gegenzug ist es uns wichtig, dass Polizeibeamt\*innen unter guten Bedingungen  
1162 arbeiten können und so Wertschätzung erfahren. Dazu gehört eine gute Bezahlung, eine  
1163 moderne Ausstattung, die erforderlichen technischen Hilfsmittel und angemessene  
1164 Zeiten zur Erholung. Dazu gehört ausreichend Personal. Wir fordern die längst  
1165 überfällige Erhöhung der Zulage für den lageorientierten[\[37\]](#) Dienst der Polizei.

1166 Wir setzen uns dafür ein, dass die Personalentwicklung bei der Polizei langfristig  
1167 und mit Weitsicht erfolgt. Pensionswellen sind absehbar und müssen bei der  
1168 Personalplanung rechtzeitig berücksichtigt werden. Eine vorausschauende  
1169 Personalplanung, die sich am Bedarf und nicht nach Kassenlage richtet, ist unser  
1170 Ziel. Wir machen uns für eine Laufbahnreform stark, um die Durchlässigkeit bei der  
1171 Polizei weiter auszubauen. So bleibt der Polizeiberuf attraktiv.

1172 Den Freiwilligen Polizeidienst lehnen wir ab, denn Polizisten müssen gut ausgebildet  
1173 sein – egal, auf welche Einsatzlage sie treffen. Das können nur hauptamtliche Kräfte  
1174 leisten.

1175 Wir begrüßen eine wissenschaftliche Studie des Bundes in Kooperation mit den Ländern  
1176 zum Thema Racial Profiling[\[38\]](#) und möglichen rassistischen Tendenzen in der Polizei.  
1177 Die Polizei muss das Vertrauen aller Bürger\*innen genießen können. Wir stärken damit  
1178 auch die Polizist\*innen, die sich kritisch gegen solche möglichen Tendenzen stellen.  
1179 Die Ergebnisse können eine offene Lern- und Fehlerkultur fördern.

1180

### **1181 Leistungsstarke Rettungsdienste und Feuerwehren**



1182 Die Überarbeitung des Rettungsdienstgesetzes im Jahr 2015 hat den Grundstein dafür  
1183 gelegt, dass die gesamte Rettungskette in den Blick genommen wird. Wir fordern, dass  
1184 intensiver geprüft wird, wo in der Rettungskette Zeit eingespart werden kann. So  
1185 verbessert sich die Einhaltung der Hilfsfristen. Wir wollen vermehrt auf Luftrettung  
1186 setzen, um Patient\*innen schnell in das geeignete Krankenhaus einliefern zu können.  
1187 Die Struktur der Leitstellen im Rettungsdienst wollen wir neu gestalten. Das System  
1188 muss hinsichtlich Strukturen und Aufgabenwahrnehmung flexibler gestaltet werden. So  
1189 können Aufgaben der Feuerwehr, Notfallrettung und Krankentransporte besser bewältigt  
1190 werden.  
1191 Die Feuerschutzsteuer muss auch weiterhin 1:1 an die Feuerwehren weitergegeben  
1192 werden. So bleiben unsere Feuerwehren leistungsfähig und stark.

1193

#### 1194 **Sicher im Netz**

1195 Die Cybersicherheit wird mit der fortschreitenden Digitalisierung in allen Bereichen  
1196 unseres Lebens immer wichtiger. Wir wollen eine Sicherheitsagentur gründen, die  
1197 Zuständigkeiten für die Cybersicherheit ressortübergreifend bündelt. Nur so stellen  
1198 wir sicher, dass die Cybersicherheit für die Landesverwaltung, landeseigene  
1199 Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt verbessert werden kann.

1200

#### 1201 **Öffentlichen Dienst stärken**

1202 Auch Mitarbeiter\*innen im öffentlichen Dienst sollen räumlich und zeitlich flexibel  
1203 arbeiten können – für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gesunde  
1204 Balance zwischen Arbeit und Privatleben. Deshalb fordern wir die Einführung von  
1205 Arbeitszeitkonten.  
1206 Von Berufen im Justizvollzug über Berufe im Pflegebereich bis hin zum IT-Bereich ist  
1207 der Bedarf an Fachkräften ungebrochen hoch. Um Fachkräfte in solchen sogenannten  
1208 Mangelberufen gewinnen zu können, müssen die Besoldungs- und Tarifstrukturen dort  
1209 flexibler werden. Hier konkurriert der Staat oft mit der Privatwirtschaft um  
1210 Arbeitnehmer\*innen. Wir wollen höhere Eingruppierungen oder Zulagen ermöglichen um  
1211 mithalten zu können.  
1212 Tarifabschlüsse für die Angestellten im öffentlichen Dienst sollen zeit- und  
1213 inhaltsgleich auf Beamt\*innen übertragen werden.  
1214 Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind vor Gewalt und Beleidigungen zu  
1215 schützen.

1216

#### 1217 **Humaner Umgang mit Geflüchteten**

1218 Wir wollen Geflüchtete mit Bleiberecht gut in unsere Gesellschaft integrieren. Wenn  
1219 rechtskräftige Abschiebungen vollzogen werden müssen, müssen sie der Prämisse der  
1220 Menschlichkeit folgen. Deshalb lehnen wir Abschiebung von Kindern und Jugendlichen  
1221 direkt aus Bildungsstätten heraus ab. Wir wollen auch weiterhin die freiwillige  
1222 Ausreise von Ausreisepflichtigen fördern und setzen hierzu auf unterstützende

1223 Beratungsangebote unter Berücksichtigung der medizinischen Lage der Betroffenen und  
1224 der Situation in der Ankunftsregion. Die Härtefallkommission muss wieder den  
1225 Stellenwert erhalten, den sie seit ihrer Gründung unter den verschiedensten  
1226 Landesregierungen hatte. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass der derzeitige CDU-  
1227 Innenminister sorgsam gefällte Entscheidungen der Kommission bisweilen nur in rund 50  
1228 Prozent der Fälle folgt.

1229

### 1230 **Aufstehen gegen Feinde der Demokratie**

1231 Die Errungenschaften unseres demokratischen Rechtsstaats sind nicht  
1232 selbstverständlich. Es ist sehr bedenklich, wie der Rechtsstaat und die Demokratie in  
1233 Deutschland und Europa zunehmend unter Druck geraten. Die wohl kalkulierte Verrohung  
1234 der Debatten durch rechtspopulistische und rechtsextreme Hetzer\*innen führt dazu,  
1235 dass Gewaltorientierte die Grenze zur Tat immer öfter überschreiten. Mit einer  
1236 Nulltoleranz-Strategie muss konsequent gegen Hetze und Gewalt vorgegangen werden. Wir  
1237 wollen Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt „Rechtsextremismus“ einrichten, damit  
1238 diese Grenze kontinuierlich überwacht wird. Wir werden Hass und Hetze im Netz  
1239 entschieden und effektiv verfolgen. Deshalb richten wir eine\*n Beauftragte\*n für  
1240 Hate- Speech bei der Staatsanwaltschaft ein.

1241 Daneben brauchen wir auch ein universitären Instituts zur Erforschung und  
1242 wissenschaftlichen Einordnung rechtsextremistischer Strukturen in Baden-Württemberg.  
1243 Ein solches Institut soll Strategien zur Prävention entwickeln.

1244

1245

### **Gutes Recht**

1246

1247 Eine funktionierende Justiz ist die Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaat  
lichkeit.

1248 Ihre Unabhängigkeit sichert den Rechtsfrieden und die Stabilität der Gesellschaft.  
1249 Das Vertrauen in den Staat kann nur mit einem schnellen und effektiven Rechtsschutz  
1250 erhalten werden. Dazu gehört auch, dass die Strafe auf dem Fuße folgen muss. Die  
1251 Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens im Strafrecht muss intensiver als bisher  
1252 genutzt werden. Der Zugang zum Recht muss allen Bürger\*innen einfach möglich sein.  
1253 Wir wollen deshalb keine Amtsgerichte schließen.

1254 Wir wollen die Gerichte und Staatsanwaltschaften weiterhin personell und sachlich  
1255 besser ausstatten. Damit wir auch in Zukunft genügend Fachkräfte haben, verstärken  
1256 wir die Ausbildung im Strafvollzug und in den Gerichten. Wir haben mit der Reform der  
1257 Ausbildung für Gerichtsvollzieher\*innen gezeigt, dass wir die Justiz als Ausbilderin  
1258 attraktiver gestalten müssen. Die Häuser des Jugendrechts<sup>[39]</sup> sind eine  
1259 Erfolgsgeschichte und haben viele Erfolge junger Menschen ermöglicht. Deshalb wollen  
1260 wir diese Einrichtungen weiter ausbauen.

1261 Im Justizvollzug ist die Situation der Unterbringung oft schwierig für die

1262 Insass\*innen und erschwert auch die Arbeitsbedingungen der Bediensteten. Die  
1263 geplante neue Justizvollzugsanstalt in Rottweil sowie das neue JVA-Krankenhaus in  
1264 Stuttgart sind dringend notwendig.

1265 Wir haben der Privatisierung der Bewährungshilfe ein Ende gesetzt und sie wieder in  
1266 die Hände des Staates überführt. Die Justiz ist für uns ausschließlich eine  
1267 staatliche Aufgabe.

1268

1269

## **Verbraucherschutz**

1270

1271 Guter Verbraucherschutz muss dafür sorgen, dass Verbraucher\*innen ihre Rechte kennen.  
1272 Dazu brauchen wir landesweit Angebote, um über Produkte und Dienstleistungen zu  
1273 informieren. Die Verbraucherzentralen leisten bei uns im Land hervorragende Arbeit.  
1274 Damit diese Leistungen landesweit gleichermaßen verfügbar sind, wollen wir die  
1275 Ausstattung für Beratungen per Telefon und online verbessern. Vor allem für die  
1276 Beratung bei Bank- und Versicherungsleistungen oder auch Alterssicherung und Online-  
1277 Handel gibt es erheblichen Bedarf zur Aufstockung.

1278 Besonders bei Lebensmitteln setzen wir uns für eine nachvollziehbare Kennzeichnung  
1279 von Herkunft und bei tierischen Produkten auch von Haltungsformen ein. Dabei sollen  
1280 verarbeitete Produkte wie Eiernudeln oder Wurstwaren ausdrücklich einbezogen werden.

1281 Gleichzeitig brauchen wir eine bessere Kontrolldichte. Dies gilt nicht allein im  
1282 Lebensmittelbereich, sondern zum Beispiel auch bei der Kontrolle von Geräten,  
1283 Werkzeugen, Kleidung oder Spielwaren.

1284

1285

## **5. BEWEGTES LAND**

1286

1287

### **Kultur im Land**

1288

1289 Kultur ist die Seele Europas. Diese Kernaussage europäischer Kulturpolitik gilt  
1290 allemal für unser Land Baden-Württemberg, das mitten in Europa liegt. Baden-  
1291 Württemberg hat eine herausragende Kulturlandschaft, die von Spitzenkunst,  
1292 vielfältigen Kultureinrichtungen und einem breiten ehrenamtlichen Engagement geprägt  
1293 ist – einzigartig in Europa. In kaum einem anderen Bundesland gibt es eine  
1294 vergleichbare Anzahl von Theatern, Orchestern, Museen, freien Ensembles,  
1295 soziokulturellen Zentren, Vereinen, Literatureinrichtungen, Festivals, Bibliotheken,  
1296 Archiven, Gedenkstätten, Akademien, Musikschulen und Hochschulen.

1297 Der unsäglichen Forderung nach einer „Leitkultur“ stellen wir das Konzept einer  
1298 offenen, diversen Kultur entgegen. Wir wollen ein buntes Land, dass Kraft aus seiner  
1299 kulturellen und kreativen Vielfalt schöpft, in dem Kunst und Kultur kein  
1300 Nischendasein fristen, sondern einen zentralen Raum in unserer Gesellschaft  
1301 einnehmen.

1302 In Zeiten der Corona-Epidemie wurde vielen Menschen erst deutlich, wie wichtig Kunst,  
1303 Kultur und Sport in unserem Leben sind. Unser Ziel ist, ein Kultursterben in Folge  
1304 der Krise zu verhindern und neue Impulse zu ermöglichen. Soloselbstständigen  
1305 Künstler\*innen und Kreativen soll durch Fördermaßnahmen der Einstieg in die  
1306 Digitalisierung ihrer Tätigkeit erleichtert werden.

1307 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kulturpolitik weiterhin für transparente Förderung  
1308 und verlässliche Finanzierung steht. So finden Kunstschaaffende und Kulturstätten in  
1309 Baden-Württemberg auch in Zukunft gute Arbeitsbedingungen vor. Das große Hilfspaket  
1310 der EU hat gezeigt, wie eine transparente Vergabe von Subventionen für den Kunst- und  
1311 Kultursektor aussehen kann. Hier ist zum Beispiel ein Teil der Förderung an  
1312 Investitionen in Infrastruktur gebunden. Wir wollen gleichsam verständliche Kriterien  
1313 entwickeln.

1314

#### 1315 **Kulturelle Bildung – kulturelle Vielfalt**

1316 Wir brauchen Zugang zu Kulturangeboten für alle Menschen. Dazu stärken wir die  
1317 kulturelle Bildung. Wir wollen freien Eintritt zu Dauerausstellungen und  
1318 Präsentationen von Sammlungen in baden-württembergischen Museen, an denen das Land  
1319 beteiligt ist.

1320

1321 Wir stehen dazu, die Zukunft der starken Künste in Form von Theatern, Orchestern und  
1322 Museen zu sichern. Die Vielfalt in Baden-Württemberg lebt von etablierten Kulturorten  
1323 wie von innovativen Kunstformen, der kulturellen Bildung, der interkulturellen und  
1324 der soziokulturellen Arbeit. Soziokulturelle Zentren leisten einen wesentlichen  
1325 Beitrag zur kulturellen Grundversorgung der Bürger\*innen besonders auch im ländlichen  
1326 Räum. Ohne ehrenamtliches Engagement könnten die soziokulturellen Einrichtungen kaum  
1327 bestehen. Zugleich stellen sie ein wichtiges Sprungbrett für den künstlerischen  
1328 Nachwuchs dar und müssen weiterhin gefördert werden.

1329 Wir werden Kulturbotschafter\*innen etablieren, die insbesondere Kinder und  
1330 Jugendliche im schulischen Kontext für Kunst, Kultur und Tanz begeistern.

1331 Kultur unterliegt einem ständigen Wandel. Wir werden den Kulturbegriff mit Blick auf  
1332 Institutionen wie Clubs diskutieren und eine Ausweitung der Förderfähigkeit prüfen.

1333

1334

#### **Platz für Sport und Vereinsarbeit**

1335

1336 Der Fördertopf für Neubau, Sanierung und Modernisierung von Sport- und  
1337 Schulsportstätten muss aufgestockt werden. Eigentlich ermöglichen die Richtlinien des  
1338 Landes einen Zuschuss zu den förderfähigen Kosten von bis zu 30 Prozent.. In der  
1339 Praxis der grün-schwarzen Regierung erhalten die Antragsstellenden deutlich weniger,  
1340 weil sonst viel zu wenige Vereine überhaupt zum Zug kommen.

#### 1341 **Bäderprogramm des Landes**

1342 Schwimmen ist eine Kulturtechnik wie Lesen und Schreiben. Schwimmen zu lernen ist  
1343 der beste Schutz vor dem Ertrinken. Vor diesem Hintergrund ist es umso dramatischer,  
1344 dass in jeder vierten Grundschule im Land überhaupt kein Schwimmunterricht mehr  
1345 stattfindet. Das trifft vor allem Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen und  
1346 schließt sie aus. Wir brauchen daher für Baden-Württemberg ein Bäderprogramm ~~in Höhe~~  
1347 ~~von 30 Mio. Euro~~, das die Sanierung von Bädern zum Ziel hat.

1348

#### 1349 **Im Sport wieder Spitze**

1350 Unser Land muss Austragungsort von nationalen und internationalen Wettkämpfen sein  
1351 können. Dazu wollen wir die Spitzensportstätten im Land wieder in Schwung bringen –  
1352 kaum eine dieser Sportanlagen kann derzeit die Richtlinien für Europa- oder  
1353 Weltmeisterschaften erfüllen. Selbst Deutsche Meisterschaften sind nur für wenige  
1354 Sportarten noch möglich. Für uns ist Spitzensport eng mit dem Breitensport verknüpft.  
1355 Unsere Vereine leben auch von der Begeisterung, die hochklassig besetzte  
1356 Sportereignisse auslösen.

1357

#### 1358 **Kooperation zwischen Schule und Vereinen**

1359 Durch die Einführung der Ganztagschulen und G8 stehen Sport- und Musikvereine vor  
1360 Herausforderungen. Wir brauchen neue Formen der Zusammenarbeit von Schule und  
1361 Vereinen. Schulen müssen sich öffnen und Vereinen Platz geben. Wir wollen diese  
1362 Zusammenarbeit unterstützen. Zum Beispiel mit langfristigen Vereinbarungen zur  
1363 Kooperation und besserer Bezahlung für die ehren- und hauptamtlichen  
1364 Mitarbeiter\*innen. Das erfolgreiche Modell der Monetarisierung von Lehrerstunden [\[40\]](#)  
1365 bei Ganztagsgrundschulen zur Einbindung von Vereinen wollen wir ausweiten.

1366

1367

## 6. FINANZEN IM LAND

1368

#### 1369 **In die Zukunft investieren – aktiv handelnden Staat sichern**

1370 Baden-Württemberg steht seit seiner Gründung für gesunde Finanzen. Dazu tragen die  
1371 Tatkraft der Arbeitnehmer\*innen und Unternehmer\*innen bei, aber auch eine kompetente

1372 Finanz- und Steuerverwaltung. Diese starke Tradition wollen wir in einer mehr und  
1373 mehr digitalen und globalen Umgebung fortführen und robust für die Zukunft machen.  
1374 Jetzt fordert die Bekämpfung der Corona-Krise aber eine erhebliche Neuverschuldung.  
1375 Die Tilgung der Schulden in den kommenden Jahren wird unsere Handlungsspielräume als  
1376 Staat einschränken. Deshalb müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Unabdingbar  
1377 dafür ist eine transparente Finanzpolitik. Unsere wichtigsten Aufgaben sind Bildung  
1378 und Weiterbildung für alle, bezahlbarer Wohnraum und Mobilität ~~sowie~~, ein stabiles  
1379 Gesundheitssystem und die Energiewende. Wir wollen die Investitionen zu Beginn der  
Legislatur in einem  
1380 **5-Jahres-Plan** darstellen und dynamisch weiterentwickeln.  
1381 Eine Finanzpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift übernimmt mit **gezielten**  
1382 **Förderungen** Verantwortung im Strukturwandel. Wir brauchen eine aktive Landespolitik,  
1383 die in Wettbewerbsfähigkeit, Qualifizierung und Klimaschutz investiert. Gemeinsam mit  
1384 dem Bund und Europa richten wir den Landeshaushalt an diesen Herausforderungen aus..  
1385 In der Steuerpolitik wollen wir unfaire globale Praktiken beenden und uns in Europa  
1386 für mehr Harmonisierung einsetzen. So soll verhindert werden, dass es in Europa  
1387 Steueroasen gibt und Unternehmen unverhältnismäßig wenig Steuern bezahlen. Auch  
1388 **Steuergerechtigkeit** in Baden-Württemberg bleibt eine Aufgabe und erfordert eine  
1389 leistungsfähige Steuerverwaltung im Innen- wie Außendienst. Um eine vernünftige  
1390 Prüfdichte herzustellen, schaffen wir mindestens 500 weitere Stellen in der  
1391 Steuerverwaltung.  
1392 Das öffentliche Beschaffungswesen [\[41\]](#) wollen wir zu Gunsten des Mittelstandes stärker  
1393 auf Qualität und Umwelt einstellen.

1394

1395

## 7. DAHEIM

1396

1397

### **Einen aktiven Staat garantieren**

1398

1399 Wir wollen einen aktiv handelnden Staat, in dem eine hohe Lebensqualität, gute  
1400 Anbindung digital sowie im ÖPNV, die Sicherstellung von Grundbedürfnissen und der  
1401 Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen auch wirklich in der gesamten Fläche des  
1402 Land gewährleistet wird.

1403 Immer öfter entstehen bei der Versorgung aktuell weiße und graue Flecken. Der Zugang  
1404 zu medizinischen Leistungen und nicht-digitalen Post- und Bankangeboten, der  
1405 Anschluss an gutes Internet und Handyempfang sowie eine gute Verkehrsanbindung  
1406 scheitern im ländlichen Raum immer öfter. Nicht selten versagt der Markt und lässt  
1407 Regionen fallen, die vermeintlich keine Gewinne bringen. So geht die Attraktivität der

1408 eigenen Heimat für viele Menschen verloren, weil sich niemand zuständig sieht. Dies  
1409 widerspricht unserem Verständnis einer öffentlichen Daseinsvorsorge, die für gleiche  
1410 Lebensverhältnisse im gesamten Land sorgen muss.

1411 Wir wollen einen aktiven Staat, der hinschaut, statt vor Zuständigkeiten die Augen  
1412 zu verschließen. Deshalb werden wir politisch eine Funktionsgarantie des Staats  
1413 umsetzen. Wir wollen durch praktische Lösungen gewährleisten, dass Grundbedürfnisse  
1414 erfüllt werden. Gemeinsam mit den Kommunen, dem Bund und lokalen Dienstleistern  
1415 erarbeiten wir Wege, um Mindestbedürfnisse, wie den Zugang zu Post- und  
1416 Bankleistungen oder den Ausbau von schnellem Internet und Handyempfang wo nötig  
1417 (teil-)öffentlich zu fördern. Denkbar sind dafür Stützpunkte in Bürgerbüros und  
1418 öffentlichen Einrichtungen, die bestimmte Dienstleistungen mit Förderung durch die  
1419 Landes-Funktionsgarantie mitabdecken.

1420 Die medizinischen Versorgung wollen wir dabei notfalls auch durch innovative Ansätze  
1421 wie zum Beispiel Ärztemobile, Förderung von Miet-Kauf-Modellen von Praxen, neue  
1422 telemedizinische Angebote sicherstellen, genauso wie die Verfügbarkeit von  
1423 Rettungsdienst und Polizei.

1424 In unserem Baden-Württemberg ist der aktive Staat Garant für ein funktionierendes und  
1425 gutes Zusammenleben, das niemanden außen vor lässt.

1426

1427

## **Kommunen: Herzkammer der Demokratie**

1428

1429 Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem die Kommunen stark sind, denn nur dann  
1430 bleiben wir ein starkes Land. Wir versetzen unsere Städte und Gemeinden in die Lage,  
1431 ihre vielfältigen sozialen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen zu können. Die  
1432 Planungsbehörden des Landes unterstützen die Kommunen vor allem bei der Umsetzung  
1433 wichtiger Verkehrsvorhaben.

1434 Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen die Kommunen ganz besonders hart. Deshalb  
1435 brauchen sie vom Land eine planbare finanzielle Unterstützung. Die Ausfälle bei den  
1436 Gewerbesteuern durch die Pandemie sollen ausgeglichen werden. Wir fordern, den  
1437 Beteiligungsfonds des Landes bei der L-Bank auch auf kommunale Unternehmen  
1438 auszuweiten. Mit so einer finanziellen Beteiligung kann das Bestehen dieser  
1439 Unternehmen über die Krise hinaus gesichert werden. Das stärkt Betriebe in  
1440 kommunaler Hand wie Verkehrsunternehmen, Bäder und kulturelle Einrichtungen wie  
1441 Museen.

1442 Die kommunale Ebene soll in ihrer Finanzkraft und in ihrer Fähigkeit zu eigenen  
1443 Einnahmen partnerschaftlich und nicht bevormundend behandelt werden. Wir fordern,  
1444 dass der Vorwegabzug<sup>[42]</sup> aus dem **kommunalen Finanzausgleich** wieder abgesenkt wird.  
1445 Die wichtige Aufgabe der gebührenfreien Kita kann dauerhaft aus dem Landeshaushalt  
1446 finanziert werden. Die Mittel werden wir durch Umschichtungen und Prioritätensetzung  
1447 für diese wichtige Investition zur Verfügung stellen.

1448

1449

## Natur im Land

1450

1451 Wir wollen einen neuen Agrarkonsens, der in der **Landwirtschaft** stabile Einkommen und  
1452 bessere Arbeitsbedingungen sichert, die Umwelt schont und den Rückgang von  
1453 Artenvielfalt und Insekten stoppt. Baden-Württemberg ist geprägt von vielen kleinen  
1454 und mittleren Höfen und vor allem von vielen Betrieben, die als Nebenerwerb geführt  
1455 werden. Diese Struktur wollen wir stärken.

1456 Die Landwirt\*innen und Schäfer\*innen müssen für Leistungen, die dem Gemeinwohl  
1457 dienen, angemessen entlohnt werden. So fördern wir umweltschonendes Wirtschaften,  
1458 Landschaftspflege, tiergerechte Haltung und Vertragsnaturschutz. Durch die  
1459 Förderpolitik des Landes wollen wir erreichen, dass der **ökologische Landbau bis 2030**  
1460 **auf 40 %** ausgebaut wird.

1461 Den Lebensmittelerzeuger\*innen wollen wir den Rücken stärken, indem wir Strukturen  
1462 für die regionale Vermarktung und Direktvermarktung ausbauen. Wir werden  
1463 Zusammenschlüsse und Kooperationen einer Solidarischen Landwirtschaft vor Ort  
1464 unterstützen.

1465 Ein besonderes Markenzeichen ist der **Weinanbau** in unserem Land. Besonders in schwer  
1466 zu bebauenden Lagen wollen wir den Beitrag zur Landschaftspflege finanziell  
1467 entlohnen. Die Winzer\*innen sollen besser bei der Vermarktung unterstützt werden,  
1468 damit sie dem Wettbewerbsdruck standhalten können.

1469 Lokale Schlachthöfe sind besonders für kleine und mittlere Erzeugerbetriebe wichtig.  
1470 Sie haben aber oft nur geringe Kapazitäten zum Schlachten und daher nicht die Mittel,  
1471 um die immer höher werdenden Standards sicherzustellen. Wir werden eine Förderung  
1472 anregen, durch die eine lokale Schlachthofstruktur auf Dauer gewährleistet werden  
1473 kann. Ebenso wollen wir eine Stärkung von kleinen Metzgereien und der  
1474 Direktvermarktung, zum Beispiel durch mobile Schlachtung. Das fördert das Tierwohl  
1475 und unterstützt die lokale (Bio-)Erzeugerlandwirtschaft.

1476

## 1477 Tierschutz

1478 Tiere sind keine Industrieprodukte. Bei der Umstellung auf artgerechte Tierhaltung  
1479 werden wir die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen. Wir verbessern die  
1480 Ausstattung der Veterinärbehörden und zusammen mit den Landkreisen sorgen wir für  
1481 regelmäßige Kontrollen auf Höfen, in Schlachthöfen und bei Tiertransporten.

1482 Für die Tierheime wird ein Fonds für Investitionen und Hilfe in Notlagen  
1483 eingerichtet. Für den flächendeckenden Ausbau von Quarantänestationen für Hunde und  
1484 Katzen, die für die behördliche Unterbringung von illegal verbrachten Tieren aus dem  
1485 Ausland genutzt werden können, werden die finanziellen Anreize ausgebaut.

1486



1487

## 8. ÜBER DIE GRENZEN

1488

### 1489 **Nachbarn**

1490 Baden-Württemberg lebt gute Nachbarschaft. Mit Frankreich, Österreich und der Schweiz  
1491 verbinden uns Freundschaft, viele gemeinsame Interessen und politische Initiativen.  
1492 Besonders die Beziehungen zu Frankreich wollen wir weiter ausbauen und mit neuen  
1493 Projekten stärken, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Arbeit und  
1494 Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie Verkehr und Tourismus. Menschen in den  
1495 Grenzregionen sollen unkompliziert zusammenleben und arbeiten können.

1496

### 1497 **Europäische Zusammenarbeit**

1498 Wie kaum ein anderes Bundesland profitiert Baden-Württemberg von Europa. Als  
1499 exportabhängiges Land und leistungsstarker Standort von Wirtschaft, Technologie,  
1500 Forschung und Lehre sind wir auf internationalen Austausch und enge Zusammenarbeit  
1501 angewiesen – mit Europa und der ganzen Welt. Unsere Dienstleistungen und Produkte  
1502 sind weltweit gefragt und unsere Unternehmen profitieren von vielen Menschen, die als  
1503 Fachkräfte nach Baden-Württemberg kommen.

1504 Mit unseren Partnerregionen Lombardei (Italien), Katalonien (Spanien) und Rhône-Alpes  
1505 (Frankreich) pflegen wir intensive Kontakte und wollen diese Beziehungen weiter  
1506 ausbauen.

1507 Wichtig sind für uns auch die Kontakte mit den Ländern im Donauraum. Im Rahmen der  
1508 europäischen Donauraum-Strategie tragen wir dazu bei, die Zusammenarbeit mit den  
1509 Ländern in Südosteuropa zu verbessern. Das gemeinsame Ziel ist, für die Menschen  
1510 dort gute Perspektiven für Bildung, Arbeit und soziale Absicherung zu schaffen.  
1511 Unsere duale Ausbildung kann ein wichtiger Ansatz sein, um Fachkräfte auch in anderen  
1512 Staaten praxisnah auszubilden und jungen Menschen so bessere Chancen auf dem  
1513 Arbeitsmarkt zu eröffnen.

1514 Internationale Städtepartnerschaften wollen wir wieder stärker in den Fokus nehmen  
1515 und den Austausch zwischen den Kommunen in Europa aufleben lassen.

1516

### 1517 **Globale Verantwortung**

1518 Wir leben alle auf der einen Welt. Damit tragen wir auch Verantwortung über unsere  
1519 Grenzen und die Grenzen Europas hinaus. Deshalb nehmen wir die Situation in ganz  
1520 Afrika in den Blick und unterstützen die Strategie der EU für geordnete Migration. In  
1521 unserer Regierungszeit haben wir erfolgreiche Hilfsprojekte im Nordirak (Dohuk)  
1522 angestoßen. Dafür wollen wir weiter Mitverantwortung tragen.

1523 Zentrale Stelle zur Koordination aller entwicklungspolitischen Aktivitäten im Land  
1524 ist die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ). Gemeinsam mit der Stiftung wollen  
1525 wir Impulse setzen, damit noch mehr Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die

1526 Nachhaltigkeitsziele konkret in ihre Politik einbeziehen. Initiativen und Gruppen,  
1527 die in der Zivilgesellschaft tätig sind, werden wir aktiv unterstützen.

1528 Die globalen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals,  
1529 SDG) sind für uns auch auf Landesebene Verpflichtung. Die Inhalte und Ziele der SDG  
1530 sollen daher an Schulen und Hochschulen vermittelt werden. Zur Umsetzung des  
1531 nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ werden wir auch in  
1532 Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten. Das entwicklungspädagogische  
1533 Informationszentrum EPiZ ist ein Haus des globalen Lernens. Es muss mit dem  
1534 erforderlichen Personal und Geldern ausgestattet werden, um eine gute Qualität der  
1535 Arbeit zu sichern und die Reichweite der Angebote zu erhöhen.

1536 Die öffentliche Beschaffung in den Behörden und Ministerien des Landes wollen wir am  
1537 Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ausrichten. Dazu braucht es als Ergänzung zu  
1538 bestehenden Verwaltungsverordnungen auch die praktische Begleitung der zuständigen  
1539 Mitarbeiter\*innen.

1540 **DAS WICHTIGE JETZT**

1541 2015 beschäftigte die Menschen die Ankunft vieler Geflüchteter.

1542 2019 bewegte der Klimawandel stärker als je zuvor nicht nur junge Menschen.

1543 2020 ist das Jahr der Corona-Pandemie. Und neuer und alter sozialer Fragen.

1544 Dabei ging und geht es oft um Gewissensfragen. Die Krise macht vielen bewusst, dass  
1545 wir mehr Solidarität brauchen. Solidarität heißt auch, für etwas einzustehen, auch  
1546 wenn man selbst nicht betroffen ist, sondern weil man es als richtig und fair  
1547 empfindet. Darum geht es bei einer Willkommenskultur. Darum geht es beim Klimaschutz.  
1548 Darum geht es bei sozialer Gerechtigkeit.

1549 Wir als SPD in Baden-Württemberg sehen uns in unserem Kurs bestärkt. Ohne einen  
1550 sozialen und aktiven Staat lösen wir die Fragen der Krise und der Zukunft nicht. Wir  
1551 haben schon gezeigt, dass wir Baden-Württemberg erfolgreich regieren können. Mit  
1552 diesem Programm zeigen wir, dass wir konkrete Pläne für die wichtigsten Aufgaben  
1553 haben. Dabei zählt das Jetzt: kein Aufschub der Lösungen mehr bis zur nächsten Krise.  
1554 Wir wollen **DAS WICHTIGE JETZT**.

## **Begründung**

### Fußnoten:

[1] Im finalen Programm soll es zum besseren Verständnis „Erklärblasen“ geben, die Fachbegriffe umschreiben. Aus Gründen der Lesbarkeit sind die vorgesehenen Texte in dieser Version als Fußnoten eingefügt.

[2] Bei einer „konzertierten Aktion“ treffen sich Gruppen mit verschiedenen Interessen, um gemeinsam eine Lösung für ein Problem zu finden.

[3] Transformation = Umbau zu einer digitalen und nachhaltigen Wirtschaft.

[4] Sozialpartner = Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

Kammer = Organisation zur Selbstverwaltung in bestimmten Branchen oder Berufen. Beispiel: Ärzt\*innenkammer.

- [5] Betriebsrat hat das Recht, neue betriebliche Regelungen vorzuschlagen. Arbeitgeber\*in muss mit dem Betriebsrat darüber verhandeln.
- [6] Arbeitnehmer\*innen können bis zu 5 Tage im Jahr bezahlten Urlaub nehmen, um sich weiterzubilden.
- [7] Aufträge des Landes werden an soziale Mindeststandards gekoppelt.
- [8] Zusammenarbeit von Hochschulen, Unternehmen und Politik, um neue Ideen in die Tat umzusetzen.
- [9] Einrichtungen zur Unterstützung von Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen.
- [10] Eine allgemeine und eine sonderpädagogische Lehrkraft betreuen die Kinder in Kleingruppen.
- [11] Plan für kindgerechte Erziehung und Entwicklung in Kitas.
- [12] Ausbildung, die teils in der Berufsschule und teils in den Einrichtungen wie Kindergärten stattfindet. Sie eignet sich auch für Quereinsteiger\*innen.
- [13] Land, Kommune und Teilnehmende tragen die Kosten zu gleichen Teilen. Zurzeit tragen die Teilnehmenden mehr als die Hälfte der Kosten.
- [14] Eine Zweigpraxis ist quasi eine weitere „Filiale“ einer bestehenden Praxis. In einer Gemeinschaftspraxis teilen sich mehrere Ärzt\*innen zum Beispiel die Ausstattung oder das Personal und können so effizienter arbeiten.
- [15] Telemedizin: zum Beispiel Sprechstunden, Therapien oder Beobachtung von chronischen Krankheiten per Videotelefonie und Sammlung elektronischer Daten.
- [16] Schöne Wohnviertel entstehen nicht einfach so. Sie können auch geplant werden. So bieten sie das, was man zum Leben braucht und eine gute Nachbarschaft.
- [17] bereits bebaute oder betonierte Flächen.
- [18] GmbH, bei der die Mitglieder gemeinsam Häuser kaufen und die Mieter\*innen in einem Hausverein Gesellschafter\*innen sind. Das Haus darf nicht weiterverkauft werden.
- [19] Wohnbeauftragte sind Ansprechpartner\*innen für Menschen, die mieten oder vermieten (wollen) und unterstützen sie bei Fragen und Problemen.
- [20] Sozialwohnungen für Menschen mit weniger Geld sind dadurch an niedrige Mieten gebunden.
- [21] Bei diesen Modellen ist die jeweilige Gemeinschaft Eigentümerin und damit auch ihre Mitglieder. Sie bieten eine Mischung aus Kaufen und Mieten. Mehr Menschen können so sicher wohnen wie im Eigenheim und sich am Immobilienmarkt beteiligen.
- [22] Wohnungen werden für einen anderen Zweck als das Wohnen genutzt, zum Beispiel als Büro oder Ferienwohnung.
- [23] In Ulm kann nur die Stadt selbst Bauland kaufen und verkaufen. Wer ein Grundstück kauft, muss auch darauf bauen – Spekulanten haben keine Chance. Die Stadt steuert so auch, wer Bauland bekommt. Bevorzugt werden zum Beispiel junge Familien
- [24] Recht, auf einem Grundstück ein Haus zu bauen, ohne das Grundstück kaufen zu müssen.

[25] Umstellung der Wirtschaft, so dass möglichst wenig Kohlenstoffdioxid ausgestoßen wird. Kohlenstoffdioxid ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel

[26] Bei diesem Verfahren wird die natürliche Wärme in den tieferen Schichten der Erde genutzt, um Strom zu erzeugen oder zu heizen.

[27] In speziellen Anlagen wird mithilfe erneuerbarer Energien Wasserstoff hergestellt. Das Gas lässt sich speichern und transportieren. Mit Wasserstoff kann man zum Beispiel heizen und tanken.

[28] Oft wird Müll, der getrennt wurde und zur Wiederverwertung vorgesehen war, nur teilweise recycelt oder verbrannt.

[29] Maßnahmen zur Klimaanpassung berücksichtigen, dass der Klimawandel schon in vollem Gange ist und wir uns als Menschen immer weiter daran anpassen müssen.

[30] Ein Stereotyp ist eine Darstellung von Personen oder Gruppen, die zu einfach und deshalb oft problematisch ist. Im echten Leben sind Gruppen vielseitiger und jeder Mensch hat viele verschiedene Eigenschaften.

[31] Diversität bedeutet Vielfalt. Diese bezieht nicht nur auf ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, sondern auch auf Geschlecht, Alter, Hautfarbe, sexuelle Orientierungen, Behinderungen und Beeinträchtigungen.

[32] Für viele Menschen in Baden-Württemberg gehört ihre Migrationsgeschichte oder die ihrer Familie zum Leben dazu. Postmigrantisch beschreibt was nach oder jenseits der Migration passiert und fragt, wie unsere Einwanderungsgesellschaft aussehen soll.

[33] LSBTTIQ\* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen. Der Stern (\*) drückt aus, dass manche Menschen sich nicht auf einen dieser Begriffe festlegen wollen.

[34] Es gibt vier Statusgruppen: Student\*innen, Professor\*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen sowie Mitarbeiter\*innen in Technik und Verwaltung. Sie sollen grundsätzlich die gleichen Stimmrechte erhalten.

[35] Nach einer Probezeit und guten Leistungen können Juniorprofessor\*innen eine Anstellung auf Lebenszeit erhalten.

[36] Cluster sind regionale Netzwerke zum Beispiel aus Unternehmen, Zentren für Forschung und Dienstleistern.

[37] Dienst an Wochenenden und Feiertagen.

[38] Menschen werden nur aufgrund äußerer Merkmale, wie zum Beispiel Hautfarbe, vermeintlicher Herkunft oder Religionszugehörigkeit, verdächtigt. Deshalb werden sie ohne erkennbaren Anlass von der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden kontrolliert.

[39] In Häusern des Jugendrechts arbeiten verschiedene Stellen wie Polizei, Stadt, Jugendgericht und Jugendhilfe zusammen. Sie können schnell und präventiv auf Straftaten von Jugendlichen reagieren.

[40] Wenn im Ganztagsbetrieb außerschulische Partner wie Vereine Angebote durchführen, können dafür Lehrerwochenstunden in Geld umgewandelt werden. So erhalten die Vereine eine Aufwandsentschädigung.

[41] Der Staat vergibt Aufträge, zum Beispiel um zu bauen oder kauft Materialien, zum Beispiel für Schulen oder den ÖPNV.

[42] Steuern und Einnahmen werden zwischen Land und Kommunen aufgeteilt. Dabei wird bereits ein Teil vorweg abgezogen, über den die Kommunen dann nicht frei verfügen können. Dieser Teil soll gesenkt werden.